

Bergarbeiter-Zeitung

verbunden mit

Glück-Auf.

Abonnementpreis 50 Pf. pro Monat,
1,50 Mk. pro Quartal.
Durch die Post pro Monat 1,50 Mark; pro Quartal 4,50 Mark.
Einzelne Nummern 1 Mark.

Anzeigen kostet die siebengepflastete Kolonel-
gasse resp. deren Raum 1.— Mark.
Bei einmaliger Aufnahme 10, bei zweimaliger Aufnahme 20 und bei
dreimaliger Aufnahme 30 Prozent Rabatt.

Telephon-Nr. 98. Organ zur Förderung der Interessen der Bergarbeiter und verwandten Berufe.

Telegramm-Adress: Bergarbeiter-Verband Bochum.

Unverlangt eingegangene Manuskripte werden nicht zurückgesandt.
Vor Wiedruck unserer Originalartikel bitten wir um Quellenangabe.

Verantwortlich für die Redaktion: Theodor Wagner, Offen.
Druck u. Verlag von Hansmann & Co., Bochum, Wiemelhauserstr. 42.

Es wird keine Garantie dafür übernommen, daß Inserate an einem bestimmten Platz, Tage oder überhaupt zur Aufnahme gelangen.

Streiks und Aussperrungen in Deutschland im Jahre 1906.

In dem vor kurzem erschienenen 198. Bande der „Statistik des deutschen Reiches“ ist eine ausführliche Statistik der während des Jahres 1906 in Deutschland vorkommenden Streiks und Aussperrungen veröffentlicht worden. Es fehlt bei uns in Deutschland an einem Zusammenwirken der amtlichen Behörden mit den Gewerkschaften, sodass eine einheitliche Übersicht über die vor gekommenen Kämpfe uns fehlt. Die amtliche Statistik weist große Lücken auf, was wir von den gewerkschaftlichen Statistiken schon weniger sagen können, wenn auch hier noch manches an der Verbesserungswollung fehlt. Immerhin dürfte auch die amtliche Statistik uns interessieren, da sie im großen und ganzen uns ein Bild über Art und Umfang wie über Ursache und Ergebnisse der Kämpfe im Jahre 1906 gibt. zunächst sei festgestellt, dass die Zahl der Arbeitsstreikereignisse eine bedeutende Zunahme erfahren hat im Vergleich mit den Vorjahren. Das Kaiserliche statistische Amt ermittelte 8378 (1905 2448) Streiks, von denen die meisten auf Preußen (1924) entfallen, danach folgt Bayern mit 861, Sachsen mit 871 Streiks. In Hamburg wurden 152, in Baden 125 und in Elsass-Lothringen 112 Kämpfe geführt. Auf die anderen einzelnen Bundesstaaten entfallen überall weniger wie 100 Streiks. In Preußen selbst steht die Rheinprovinz mit 298, Berlin mit 290 und die Provinz Brandenburg mit 262 Streiks allen Provinzen voran.

Die folgenden Mittelstellungen beziehen sich ausschließlich auf die innerhalb des Berichtsjahrs beendeten Streiks; die am 1. Januar 1907 in der Schweiz gebliebenen Aussstände werden erst in der Statistik für 1907 berücksichtigt. Es betrug die Zahl der beendeten Aussstände, der von diesen betroffenen Betriebe, der streikenden und der infolge der Arbeitseinstellungen gezwungenen feiernden Arbeiter im Jahre 1906 und in den vier Vorjahren:

	streikende Arbeiter				
	in % der in beendete betroffene absolute den betroffenen gezwungenen Betrieben Zahl feiernde Arbeiter				
	Streiks	Betriebe	Bahl	Überhaupt	Beschäftigten
1902	1080	8487	58012	41,1	6272
1903	1074	7000	56563	48,1	18811
1904	1870	10821	118490	41,5	6788
1905	2408	14481	408145	52,5	12015
1906	3328	16246	272218	89,7	24483
Durchschnitt 1902/1906	10297	186671	45,2	12688	

Von den Streiks im Jahre 1906 waren 3184 Angriffsstreiks und 144 Abwehrstreiks (1905 2212 nur 191). Zu diesen Zahlen drückt sich mit die Hochkonjunktur aus, die die Gewerkschaften angriffslustiger machte und gleichzeitig die Unternehmer in ihrem Willen, die Lage der Arbeiter verschlechtert zu wollen, sehr hemmte. 5063 Betriebe wurden im Berichtsjahr durch die Streiks völlig zum Stillstand gebracht. In 1416 Fällen erstreckte sich die Streikbewegung auf den ganzen Betrieb, während in 2140 Betrieben der Aussstand mit einzelne Beschäftigungsarten ergripen hatte. Während 2327 Aussstände sich auf je einen Betrieb erstreckten, waren 1001 sog. Gruppenstreiks. 38 Streiks umfassten mehr als 50 Betriebe. Auf die 3184 Angriffsstreiks kamen 264060 Streikende; auf die 114 Abwehrstreiks entfielen 8158 Streikende.

Von den einzelnen Gewerbegruppen hat die größte Zahl von streikenden Arbeitern im Jahre 1906 das Baugewerbe zu verzeichnen; auf diese Gewerbegruppe entfallen für das Berichtsjahr in 1079 Betrieben 79076 Streikende. Weiter folgen die Textilindustrie in 154 Betrieben mit 29215 Streikenden, die Metallverarbeitung mit 310 Betrieben und 22724 Streikenden, Bergbau, Hütten- und Salinenwesen mit 106 Betrieben und 21391 Streikenden, die Industrie der Holz- und Schutzstoffe mit 436 Betrieben und 21141 Streikenden, die Industrie der Maschinen, Instrumente und Apparate mit 206 Betrieben und 19046 Streikenden, die Industrie der Steine und Erdene mit 242 Betrieben und 13367 Streikenden, die Handelsgewerbe mit 164 Betrieben und 12756 Streikenden, die Verkehrsgewerbe mit 94 Betrieben und 11986 Streikenden, die Bekleidungs- und Reinigungsgewerbe mit 133 Betrieben und 10718 Streikenden usw.

Was die Dauer der Aussstände betrifft, so haben von den 3328 zur Beendigung gelangten Streiks 213 weniger als 1 Tag, 1132 1—5 Tage, 463 6—10 Tage, 475 11—20 Tage, 303 21—30 Tage, 304 31—50 Tage, 320 51—100 Tage, 118 101 und mehr Tage gedauert.

Die von den Streikenden im Jahre 1906 gestellten Forderungen waren in 2510 Streiksäulen Lohnforderungen, in 1019 Fällen Forderungen hinsichtlich der Arbeitszeit, in 1654 Streiksäulen Forderungen bezüglich anderer Gegenstände.

Von den 3328 im Jahre 1906 beendeten Streiks hielten 613 (= 18,4 Proz.) mit 32729 Aussändigen in 3161 Betrieben vollständig, 1498 (= 45,0 Proz.) mit 177047 Streikenden in 11363 Betrieben teilweise und 1217 (= 36,6 Proz.) mit 62442 Streikenden in 1722 Betrieben keinen Erfolg. Ein Vergleich mit den vier Vorjahren ergibt folgendes: Von den Aussändigen wurden beendet

	Durchschnitt 1906	1905	1904	1903	1902
der Jahre	Broz.	Broz.	Broz.	Broz.	Broz.
mit vollem Erfolge	21,1	18,4	22,0	24,0	21,8
mit teilweisem Erfolge	38,2	45,0	40,4	36,8	32,3
ohne Erfolg	40,7	36,6	37,6	39,2	45,9

Aus dieser Tabelle ergibt sich, dass mit der Erstärkung der Arbeiterversammlungen die Zahl der Streiks, die keinen Erfolg für die Arbeiter mit sich brachten, um nahezu 20 Prozent der Gesamtstreiks abgenommen hat. Auch wenn die Zahl derjenigen Streiks, die mit vollem Erfolge für die Arbeiter beendet wurden, sich ein wenig verteidigt hat, so kann nicht darauf geschlossen werden, dass hier das Stärkeverhältnis wie die Ergebnisse der Streiks zu Ungunsten der Streikenden sich zugenommen haben. Die Erfahrung lehrt, dass die meisten Aussstände durch

Kompromiss der Beteiligten abgeschlossen werden. Die Unternehmer wie die Arbeiter geben mehr oder weniger nach. Solche Streiks wurden im Jahre 1906 doppelt so viel abgeschlossen, als im Jahre 1902. Ein Blick auf die Gesamtergebnisse zeigt uns den hohen Wert der Gewerkschaftsbewegung während der Arbeitsstreitigkeiten.

Unter den im Berichtsjahr beendeten Streiks, die den Streikenden vollen Erfolg brachten, befanden sich 557 (= 9,9 Proz.) Angriffsstreiks mit 30191 Aussändigen in 2888 Betrieben und 56 (= 0,1 Proz.) Abwehrstreiks mit 2588 Streikenden in 278 Betrieben. Vollen Erfolg insbesondere hinsichtlich Erhöhung des Arbeitslohnes hatten von den erfolglosen Angriffsstreiks 851 mit 19040 Streikenden in 1800 Betrieben, von den erfolgreichen Abwehrstreiks 12 mit 510 Streikenden in 81 Betrieben, zusammen also 363 Streiks mit 19558 Streikenden in 1881 Betrieben. Unter den Streiks, die vollständig erfolglos verließen, wurden 1169 (= 8,0 Proz.) Angriffsstreiks mit 59858 Streikenden in 1068 Betrieben und 48 (= 4,0 Proz.) Abwehrstreiks mit 2584 Streikenden in 69 Betrieben gezählt. Zu den Streiks, bei denen die Streikenden teilweise Erfolg hatten, gehören im Berichtsjahr 1458 (= 97,8 Proz.) Angriffsstreiks mit 174011 Streikenden in 11289 Betrieben und 40 (= 2,7 Proz.) Abwehrstreiks mit 8086 Streikenden in 124 Betrieben. Von den Angriffsstreiks mit teilweisem Erfolg hatten

	Streiks	mit	in
	Streikenden	Betrieben	
a) vollen Erfolg in Bezug auf Erhöhung des Arbeitslohnes	75	6989	378
b) teilweise Erfolg in Bezug auf Erhöhung des Arbeitslohnes	818	85925	6727
c) vollen Erfolg in Bezug auf Erhöhung des Arbeitslohnes und vollen oder teilweise Erfolg in Bezug auf Verkürzung der Arbeitszeit	29	8078	190
d) teilweise Erfolg in Bezug auf Erhöhung des Arbeitslohnes und vollen oder teilweise Erfolg in Bezug auf Verkürzung der Arbeitszeit	344	52317	3240
e) teilweise Erfolg in Bezug auf Verkürzung der Arbeitszeit	46	9808	389
von den Abwehrstreiks mit teilweisem Erfolg hatten	2	141	11
teilweise Erfolg in Bezug auf Erhöhung des Arbeitslohnes	1	208	75
teilweise Erfolg in Bezug auf Erhöhung des Arbeitslohnes und vollen oder teilweise Erfolg in Bezug auf Verkürzung der Arbeitszeit			

Auch die Zahl der Aussperrungen hat im Jahre 1906 auf neue Zugenommen, und zwar ist sie auf 305 gestiegen gegen 268 im Jahre 1905, 132 im Jahre 1904, 96 im Jahre 1903 und 51 im Jahre 1902. Von den 298 innerhalb des Berichtsjahrs selbst wieder aufgehobenen Aussperrungen wurden insgesamt 2780 Betriebe betroffen, in denen 152449 Arbeiter, darunter 2958 Personen unter 21 Jahren, bei Beginn der Aussperrung beschäftigt waren. Zu 466 Betrieben hatte die Aussperrung nicht auf den Gesamtbetrieb sich ausgedehnt, sondern auf einzelne Beschäftigungsarten innerhalb des selben sich beschränkt, denen zusammen 15644 Arbeiter, darunter 2522 Personen unter 21 Jahren, angehört hatten. Aussperrt wurden im ganzen 77109 = 50,6 Proz. aller in den betroffenen Betrieben überhaupt beschäftigten Arbeiter. 2655 Arbeiter wurden infolge der Aussperrungen zum Jetzten gezwungen. Die Zahl der Aussperrungen hat demnach ganz gewaltig zugenommen und sie wird voraussichtlich in den nächsten Jahren auch nicht abnehmen. Die Unternehmer haben nun einmal die Moral, völlig Unbetitelte mit den Beteiligten gleich leiden zu lassen, in erhöhtem Maße in sich aufgenommen. Zu 88 Fällen hatten die Unternehmer wollen, in 174 Fällen teilweise und in 36 Fällen überhaupt keinen Erfolg.

Sagt man die bezüglich der Streiks und Aussperrungen des Jahres 1906 ermittelten Zahlen zusammen, so ergeben sich folgende Gesamtzahlen: In 1902 Betrieben haben 349327 Arbeiter infolge von Streiks oder Aussperrungen gefestet.

Wie gesagt, ein umfassendes Bild über die Streiks und Lohnbewegungen der deutschen Arbeiter lässt sich geben, wenn die Feststellungen der Generalkommission der Gewerkschaften Deutschlands erheben werden. Wir müssen noch festhalten, dass neben den direkten Streiks und Aussperrungen noch eine große Zahl von Lohnbewegungen geführt wurden, die gleichfalls die verschiedensten Ergebnisse für die Arbeiter hatten. Die Zahl dieser Lohnbewegungen belässt sich auf mehrere Tausend und sie brachte oft große Vorteile für die Arbeiter mit sich. Ferner ist festzuhalten die Zahl der Fälle, die zu corporativen Arbeitsverträgen führten. Auch diese abgeschlossenen Verträge darf man mit mehr als 2000 im Jahre 1906 in Rechnung bringen. Rüttet man hinzug, dass die freien Gewerkschaften bzw. die Zentralverbände allein 13451716 Mr. für die Streiks- und Lohnbewegungen verausgaben, so fällt das Stärkeverhältnis und die hohe Bedeutung der deutschen Gewerkschaften für die Arbeiterschaft ganz besonders auf. Die Gewerkschaften bilden die besten Schutzbretter für die Arbeiter und so soll es auch weiter sein, den Feinden und Verleumündern der Gewerkschaften zum Trotz.

18. Internationaler Bergarbeiterkongress. Dritter Tag (Vormittagsitzung).

Mittwoch, den 18. September.

Die Sitzung wird eine Stunde früher wie gewöhnlich eröffnet. Kamerad Burke-Amerika präsidiert. Beraten wird der Punkt Versicherungsgesetzgebung. Hierzu spricht als erster:

Kamerad Veda-Oesterreich, der die miserablen Bruderschaften (Gewerkschafts-) Verhältnisse in Oesterreich schildert. Aus den Bruderschaftskassen werden Krankengeld, Jubiläumsrenten, Witwen- und

Waisengelder, auch Unfallrenten gezahlt. Die Arbeiter und Werksbesitzer bezahlen ja die Hälfte der Beiträge. Eine ganze Anzahl Bruderschaften sind nur sehr schlecht bestellt. Die Krankenunterstützung setzt derart niedrig, dass nur Todkrank es wagen können, der Arbeit fernzubleiben. Die Bruderschaften behandeln die Kranken sehr schlecht, da sie als administrative Beamte arbeiten, die auf die Wünsche der Kranken keine Rücksicht nehmen. Auch die Unfallentschädigung lässt viel zu wünschen übrig. Die Invaliden- und die Unfallrenten seien so gestellt, dass die Rentenempfänger sich genötigt fühlen zu betteln. Wenn man einen Leiterkassenmann nach seinem früheren Beruf fragt, werde man fast immer die Antwort bekommen: Ich war Bergmann und bin im Berufe zum Sklaven geworden. Die Witwen- und Waisenunterstützungen seien außerordentlich dürfstig. Unbedingt muss gesetzlich für eine bessere Versorgung der arbeitsunfähigen Bergleute und ihrer Hinterbliebenen gesorgt werden.

Kamerad Strasser-Deutschland (Verband) schließt sich dem Vorrredner an. In Deutschland ist das Krankenkassenwesen rechtsgesetzlich seit 1883 allgemein geregelt, allein die teilweise uralten Knappenschaften werden besonders getroffen durch die Landesgesetzgebung. 1905 bestanden in ganz Deutschland 178 Knappenschaftskassen mit 719318 Mitgliedern. Es kamen 897162 Krankheitsfälle vor, das Krankengeld betrug durchschnittlich nur 1,90 Mr. pro Tag. Viele Knappenschaftsklassen zahlen noch weniger als eine Mark Krankengeld pro Tag. Sonn- und Feiertage und die ersten drei Krankentage gibt es überall kein Krankengeld. Daraus gehen viele Kameraden schon wieder zur Grube, wenn sie noch nicht geholt sind. Die Krankezahl beträgt in manchen Bezirken 70 bis 80 Proz. der Bevölkerung, in Oberhessen (Miesbacher Kasse) speziell über 900 von 1000 Mitgliedern. Die Zustände werden nicht eher besser, als bis für die Krankenpflege humaner gesorgt ist. Heute die Unfallversicherung sei nur gelag, dass sie nach außen hin schöner aussieht wie sie ist. Die „Vollrente“ beträgt nur 66% Proz. des Lohnes. Von den 47376 Personen, die 1906 von der Knappenschaftsversicherungsoffnung Unfallrenten bezogen, erhielten nur 1995 die „Vollrente“, die durchschnittlich nur 752 Mr. betrug, also nur 68 Mr. monatlich. Das ist die höchste Durchschnittsrente. Hierin muss entschieden Wandeln geschaffen werden.

Kamerad Galon-Belgien teilt mit, dass in seiner Heimat die Arbeiterversicherung nicht obligatorisch sei. Deswegen lassen sich die Arbeiter aus eigenem Antrieb gegen Krankheit versichern. Gegen eine Monatsrente von 1,50 Proz. (1,20 Mr.) haben sie im Krankheitsfalle ein Taggeld von einem Franken zu erhalten, jedoch nur durch sechs Monate. Wenn nun ein Arbeiter länger krank ist, erhält er auf Grund einer Wiederversicherung (Reassekuranz) durch fünf Jahre täglich einen Franken. Man hat im Parlament den Antrag gestellt, dass es aus der Staatskasse einen Zuschuss für die Unfallversicherung gibt. Der Antrag blieb jedoch unerledigt. Bei Arbeitsunfähigkeit würde die Rente nicht mehr als 50 Proz. der erlittenen Einbuße am Verdienst

Obgleich die Protesterklärung im Kongress nicht verlesen wurde und die Gewerkschaftsdelegation ihre Erklärung auch der Geschäftskommission nicht überreichte, wollen wir das Schriftstück doch hier abdrucken. Es lautet:

Protest.

"In der gestrigen Nachmittagssitzung hat der belgische Delegations-Vorstand die Christentum als die Religion der Arbeiterschaft und eben Christen als zu den Arbeiterschaften gehörig hingestellt, ohne vom Präsidenten auf das Ungehörige dieser Neuerung aufmerksam gemacht werden zu sein. Um Namen der 77.000 Mitglieder, welche durch die Unterzeichnungen vertreten werden und sich zum Christentum bezeichnen, bisher aber stets sogar unter schweren Opfern für die Interessen der Bergarbeiterchaft gekämpft haben, protestieren wir energisch gegen die ungerechtfertigte Verimpfung des Christentums und der sich zum Christentum bekennenden Arbeiter. Wir sprechen unser Bedauern darüber aus, daß durch das Eintrittsleben von religiösen und politischen Streitfragen das Zusammensetzen auf wirtschaftlichem Gebiete erschwert oder schließlich gar unmöglich gemacht wird. Die Unterzeichnungen sind der Ansicht, daß die Erörterung religiöser Streitfragen nicht zu den Aufgaben des internationalen Bergarbeiterkongresses gehören. Sollte der Kongress in Zukunft noch bestätige Anträge auf die religiöse Überzeugung der von uns Vertretenen dulden wollen, so können wir an beständigen Verhandlungen nicht mehr teilnehmen und würden in diesem Falle weitere Einladungen zu den internationalen Bergarbeiterkongressen überflüssig."

Salzburg, 18. September 1907.

Johann Eßert, Heinrich Imbusch, Christian Steiger."

Zur Auflösung dient hierzu: Hätte die Gewerkschaftsdelegation ihre Erklärung der Geschäftskommission übergeben, so würde sie die Verlesung im Kongress zweifellos beschlossen haben. Nachdem aber die Gewerkschaftsdelegation ihre Erklärung sogar eher der Presse als dem Kongresskomitee übergab, hat dieses es überhaupt abgelehnt, auf die Sache einzugehen. Weiter sei mitgeteilt, daß Kamerad Eßert dem Kameraden Hue erklärt, gegen die Verbandsdelegierten richte sich der Protest nicht, die Verbandsdelegierten habe sich in der Sache vorbereitet benommen!

Vierter Tag.

Donnerstag den 19. September.

Es wird in der Besprechung der belgischen Resolution über die internationale Regelung der Kohlenproduktion fortgesprochen.

Kamerad Gallevaert-Belgien: Die Angelegenheit ist nicht unwichtig. Es ist Zeit, darüber zu sprechen, wie die Einführung von fremden Kohlen in die Streitgebiete bei Ausständen zu verhindern ist. Im Jahre 1905 hat sich in England eine Agentur gebildet zu dem Zweck, Deutschland mit Kohlen zu versorgen. Eine große Gefahr für die streitenden Bergleute ist die Ansammlung von Kohlenlagern, mit deren Hilfe sich die Grubenbesitzer in Zeiten der Streiks schützen können vor Kohlemangel.

Kamerad Wöhmann-Deutschland gibt statistische Tabellen bekannt, die die Kohlenproduktion, Einf. und Ausfuhr der Kohlensorten der einzelnen Länder näher beleuchtet. Die Einschränkung der Produktion in Exportländern während eines Streiks ist möglich. Redner bittet das internationale Komitee, der Regelung der Kohlenproduktion besondere Aufmerksamkeit zu schenken.

Kamerad English-England glaubt den Wunsche nach etwaiger Verordnung der Ausfuhr widersprechen zu müssen. Die Frage sei sehr weitgreifend. Eine Exportbeschränkung würde für einzelne Kohlenbezirke mit großer Produktion ernste Folgen haben. Der beste Weg, um die Lebenslage der Arbeiter zu verbessern, sei immer noch die gewerkschaftliche Organisation. Die Länder, von denen der Gedanke der Ausfuhrbeschränkung kommt, seien auffallenderweise gerade diejenigen, in denen es mit dem gewerkschaftlichen Zusammenschluß noch schwach besteht sei. Die Frage der Kohlenausfuhr berührte aber auch die Zollfrage und den Produktionsaustausch der Länder. Würde beispielsweise von England die Kohlenausfuhr beschränkt, so würde es andererseits auch an der Einführung von Gegenprodukten mangeln und das könnte für einzelne Industrien verhängnisvoll werden. Ein anderer englischer Delegierter weiß darauf hin, daß die Ansicht des Vorredners nicht von der ganzen britischen Delegation geteilt werde.

Kamerad Karolim-Oesterreich: Die Angelegenheit beschäftigte den Kongress schon zum ersten Male. Einiges Gesprächslos ist aus den Verhandlungen noch nicht hervorgegangen. Die Sache habe bisher nur eine akademische Bedeutung gehabt. Im übrigen steht er auf dem Boden der Resolution.

Bei der Abstimmung erklärten sich die Deutschen, Oesterreicher, Franzosen und Belgier für die Resolution. Von den Briten stimmten nur die Vertreter der Grafschaften Northumbria und Durham dagegen, die übrigen dafür. Die Amerikaner stimmten gegen die Resolution, die mit Stimmenmehrheit angenommen ist.

Es folgt dann die Beratung über die Berggesetzgebung. Hierzu hat die englische Föderation folgenden Antrag gestellt:

Wir sind der Meinung, daß an den Gefahren, welche die Sicherheit der Arbeiter in den Gruben betreffen, viel verbessert werden könnte und wir verpflichten uns, bei den Regierungen jedes Landes ständig auf bessere Gesetze zu dringen, welche dazu dienen, die Sicherheit des Lebens der Arbeiter in und an den Gruben zu erhöhen."

Zur Begründung nimmt das Wort Kamerad Stanisch-England: Die britische Regierung habe sich von der Bedeutung dieser Frage überzeugen lassen und eine Kommission gebildet, die prüfen soll, in welcher Weise den Unfällen Einhalt geboten werden kann. Die Kommission gehören Mitglieder und Beamte der Bergarbeiterorganisationen an. Diese Kommission habe Einladungen nach dem Kontinent erhalten und werde in einigen Wochen der Einladung folgen lassen, um die Grubenverhältnisse zu studieren. In England sind Gesetze vorhanden, die die Grubensicherheit bedingen; diese Gesetze seien aber noch erweiterungsfähig. Es müsse auch mehr für die technische Ausbildung der Bergleute geschehen.

Kamerad Horn-Deutschland: Nicht nur die Regierungen, sondern auch die Parlamente müssen für die Angelegenheit interessiert werden. In Deutschland habe man seitens der Bergarbeiterorganisationen schon bislang in dieser Richtung gearbeitet und die verschiedenartigsten Anträge gestellt. Es müsse aber konstatiert werden, daß trotz allem eher eine Verschlechterung als eine Verbesserung erzielt worden sei.

Das Ideal der deutschen Bergarbeiter sei ein Reichsberggesetz. Diese Forderung sei auch von den christlichen Gewerkschaften unterstützt worden, ihre Verwirklichung aber an der Haltung der Zentrumspartei, einer von den Christlichen unterstützten politischen Gruppe, gescheitert. Bei der letzten Reichstagswahl habe man es sogar erleben müssen, daß in einer Bergarbeiterwahlkreise, in welchem Kamerad Hue kandidierte, bei der Stichwahl christliche Agitateure öffentlich gegen Hue für den Kandidaten der Grubenhilfe eingetreten seien.

Hoffentlich werde dieser Arbeiterrat von den Kongressdelegierten verurteilt. Ein solches Verhalten entspreche nicht den Beschlüssen des internationalen Kongresses.

Die Ausführungen Horns veranlassen Eßert (Christlicher Gewerbeverein) zu erklären, daß der Gewerbeverein aus verschiedenen Elementen zusammengesetzt ist und in politischer Hinsicht keinen Einfluß ausübt.

Kamerad Ebert-Oesterreich schildert die Berggesetzgebung in Oesterreich, die sehr im armen liege. Er tritt eifrig für erhöhte Bergarbeiterlöhne ein. Richtig sei die Befreiung der Privilegien der Bergwerksbesitzer. Ein Bergarbeiter könne z. B. aus dem Dienst nicht verlassen, wenn er schwer beleidigt, sondern erst dann, wenn er gerügt werde.

Von den Deutschen und Oesterreichern wird beantragt: "Die Beschäftigung von Kindern unter 14 Jahren ist in der Bergwerksindustrie gesetzlich zu verbieten; ebenso die unterirdische Beschäftigung jugendlicher Personen unter 16 Jahren". Der Antrag wurde zunächst von dem Tschechen Treska und dann von dem deutschen Delegierten Schmidt (alter Verband) begründet. Der letztere Redner erinnerte, daß in Deutschland nach der amtlichen Statistik noch 42 Kinder unter 14 Jahren im Bergbau beschäftigt werden. Von den 20.800 Kindern im Alter von 14 bis 16 Jahren seien ebenfalls laut amtlichem Ausweis 228 offiziell bzw. schwer verunglimmt. Der Belgier Deblanche schildert die Verhältnisse in Belgien in därfester Darbietung. Die Kinderarbeit werde aber nur abgeschafft werden können, wenn in Belgien die Schulpflicht allgemein eingeführt werde; sonst ergehe man die Kinder zum Straßenlungen. Die Franzosen erklären, daß sie sich an der Debatte über diesen Gegenstand nicht beteiligen wollen, da sie dazu von ihrer Organisation keinen Auftrag haben. Die Briten sprechen sich gegen die Frauenarbeit aus. Die Resolution wurde angenommen.

Zu dem Referat des Delegierten Horn gibt der Vorsitzende des alten Bergarbeiterverbandes Sachse eine Erklärung ab, in der er bestätigt, daß die Polen stets die Bergarbeiterinteressen vertreten haben. Außerdem gibt Sachse den Inhalt einer von dem Gewerkschaftsleiter Effert eingerichteten und vorgenannten Erklärung wieder. Man geht nun zur Beratung folgender Resolutionen über, die die Verstaatlichung der Bergwerke betreffen.

"Die Verstaatlichung (Nationalisierung) der Bergwerke ist erforderlich, um den Gewinn der Nation zu sichern und um allen Bauern in den Gruben zu verhelfen. Den Arbeitern muß aber das völlig freie Koalitionsrecht gesichert sein." — Deutschland und Österreich.

Dieser Kongress ist der Meinung, daß den Privatpersonen die Konzeption zur Ausbeutung der Gruben nicht erteilt werden soll; im Interesse der Nation sollten die Gruben für den Nutzen der Arbeiterschaft und des Landes ausgenutzt werden. (Belgien und Frankreich.) Kamerad Jakobim-Oesterreich meint, daß für die Arbeiter wenig Unterschied besteht zwischen der Ausbeutung durch den Staat und Private. Über die Verstaatlichung vermeide wenigstens den Kaufbau. In Oesterreich grade der Fiskus bloß 12 Millionen Quadratmeter von dem Ertrag von 800 Millionen. Es seien zwar Anträge auf Verstaatlichung von verschiedener Seite gestellt worden, aber stets in demagogischer Weise.

Bei der Abstimmung stimmten die Mitglieder der polnischen Bergarbeitsvereinigung (Deutschland) gegen die Verstaatlichung der Bergwerke mit der Motivierung, daß der Übergang der privaten Bergwerke in den Besitz der preußischen Regierung nur neue Verfolgungen für die Polen mit sich bringen. Die Polen würden dann gänzlich aus den Bergwerken vertrieben.

Sodann geht man zur Beratung der Altersversorgung und der Altersrenten für die Bergarbeiter über. Hierzu liegen folgende Resolutionen vor:

"1. Jeder auf diesem Kongress vertretene Bezirk erhält die Genehmigung, mit anderen Bezirken zusammenzuarbeiten, um bei der Regierung jedes Landes darum zu bringen, daß Altersrentenfonds geschaffen werden." — (Föderation Großbritanniens.)

2. Nach der Ansicht dieses Kongresses ist es recht und billig, daß Bergarbeiter nach 20jähriger Arbeit in den Gruben eine Rente erhalten. Diese Rente sollte wenigstens 800 Franks (400 Mt.) pro Jahr betragen, gesetzlich festgelegt werden und unter Mitwirkung des Staates, der Arbeiter und der Arbeitgeber aufgebracht werden. — (Belgien und Frankreich.)"

Fünfter Tag.

Freitag, den 20. September.

Als Präsident für diesen Tag war Hue-Deutschland gewählt. Dieser eröffnete die Verhandlungen und erzielte dem Mitglied der Geschäftskommission, Gilmour, das Wort zu einigen geschäftlichen Mitteilungen. Gilmour gibt bekannt, daß ein Teil der englischen Delegierten aus schon erwähnten Gründen abgereist sei. Darnach habe wegen der vorigen Zeit die Geschäftskommission beschlossen, einen belgischen Antrag, betreffend einen im August zu begehenden internationalen Feiertag für Bergarbeiter dem internationalen Komitee zur Beratung zu überweisen. Dasselbe soll geschehen mit einer von den belgischen Delegierten eingebrachten Resolution, den Streik in Haßfurt betreffend. Bei der vorjährigen Tagung war in Aussicht genommen, den Kongress im Jahre 1908 in Deutschland stattfinden zu lassen. Auf Wunsch der französischen Delegation und unter Zustimmung der Deutschen wurde beschlossen, das nächste Mal in Frankreich zu tagen; dafür 1909 den Kongress in Deutschland stattfinden zu lassen.

Der österreichische Reichsratsabgeordnete Minariki enthielt dem Kongress die Grüße der sozialdemokratischen Arbeiterpartei Oesterreichs und namens der parlamentarischen Fraktion. Er weist darauf hin, daß die sozialdemokratische Partei stets für die Forderungen der Bergarbeiter eingetreten sei. Der Abgeordnete Bernstorfer habe im Parlament schon im Jahre 1894 einen Antrag auf den Achtstundentag eingebracht. Auch jetzt habe die Partei eine Reihe von Anträgen zugunsten der Bergarbeiter im Parlament eingebracht. Auch in Zukunft werde die Fraktion bestrebt sein, den Kongressbeschlüssen Rechnung zu tragen.

Es wird dann fortgesprochen in der Debatte über die Schaffung von Altersrentenfonds, die von Kamerad Soriano-Frankreich begründet wird. Die Engländer lehnen es ab, für die Resolution zu stimmen, weil die Arbeiter auch Beiträge zahlen sollen. Angenommen wird die britische Resolution, die andere zurückgezogen.

Zum Punkt Arbeiterschutz führt Kamerad Ziggler-Deutschland aus, daß die großen Grubenkatastrophen die Anstellung von Arbeiterschutzbeamten auf den Gruben bedingen. Diese Kontrolleure sollen vom Staat befördert werden und das Recht haben, so oft sie wollen oder so oft es die Arbeiter verlangen, die Betriebe zu inspizieren. Redner gibt Daten aus der Unfallstatistik wieder, die zeigen, daß die Unfälle ins unermessliche steigen. Die Annahme des Antrages sei also nötig.

Kamerad Eingr.-Oesterreich schließt sich Ziggler an, ebenso unter ihnen die Kameraden Smits-England, Lombard-Belgien, Lamendin-Frankreich die Resolution. Diese wird dann angenommen, wie ferner auch die Resolution, bei allen Wahlen zu gewählenden Körperschaften nur solche Kandidaten zu unterstützen, die sich ehrenwürdig zur energetischen Vertretung der auf den internationalen Kongress festgelegten Bergarbeiterforderungen verpflichtet. An der Abstimmung hierüber nahmen die deutschen Christlichen nicht teil. Eßert ließ durch den Präsidenten erklären, daß jedes einzelne Gewerkschaftsmitglied im Sinne der Resolution wirken werde, daß aber die Gewerkschaftsmitglieder nicht einstimmen können, weil diese Resolution so gefaßt sei, daß sie eventuell als eine Verpflichtung der Organisation aufgefaßt werden können.

Der Antrag Hues auf Überweisung der Resolution an das internationale Komitee wurde angenommen. Gegen den Antrag stimmten die deutschen Christlichen.

Der Kongress erklärt sich sodann auch mit einer belgischen Resolution einverstanden, in der gefordert wird, daß den Bergarbeitern jährlich 14 Tage Ferien gewährt werden, aber man müsse schon jetzt, noch vor Ausbruch eines Krieges, ehe es zu spät sei, arbeiten, um den Frieden zu erhalten und die Arbeiterschaft der ganzen Welt zu verteidigen. und die entsprechende Vollmacht zu geben, sich im Falle eines Krieges zwischen zwei Ländern zu versammeln und die notwendigen Entscheidungen zu treffen, um bei den betreffenden Regierungen eindringlich dahin zu wirken, daß diese Differenzen durch ein Schiedsgericht geschlichtet werden.

Kamerad Marolle-Belgien sagt, die Kriege seien die Folge der wirtschaftlichen Kämpfe zwischen den Kapitalisten der verschiedenen Länder und lägen nicht im Interesse der Arbeiter, die als erste Opfer fallen. Es sei daher ganz klar, daß die Arbeiter schon aus egoistischen Gründen Gegner des Krieges sind; aber auch aus humanitären und militärischen Gründen. Zum Schlus erklärt Marolle seine Zustimmung zu der Resolution, die darauf hinauslaufe, den Völkermord zu verhindern.

Kamerad Hue-Deutschland: Ich glaube, es ist niemand hier im Saale, der nicht aus Gründen der Menschlichkeit ein Feind des Krieges ist. Ich erinnere mich mit Vergnügen einer friedensfreudlichen Rede unseres Freunde Burt auf dem österreicher Kongress. Wir deutschen Arbeiter haben dieselben Empfindungen gegenüber dem Kriege, wie sie von dem Vorredner betont werden. Allein wir sind der Ansicht — und ich spreche jetzt im Namen des deutschen Bergarbeiterverbandes, von den übrigen deutschen Organisationen habe ich keinen Auftrag —, daß wir mit der Erörterung dieser Frage auf einem Bergkongress nicht einverstanden sein können. (Sehr richtig!) Wir erachten die Frage des Krieges und des Friedens für eine solche, die der Kompetenz der politischen Parteien untersteht. Wir sind der Überzeugung, daß wir uns nicht das Recht herausnehmen dürfen, über die Kriebe aller anderen Völker hinweg hier einen Beschluss zu fassen, der in einer so wichtigen Frage entscheiden kann. Wir sind der Meinung, daß es genügend ist, wenn wir der Resolution, die in Wirklichkeit gefaßt wurde, unsere volle Sympathie aussprechen. Wir werden in unserem Lande die Befreiungen unterstützen, die auf die Einschränkung der ins Unermessliche steigenden Kriegsrüstungen hinauslaufen. Das geschieht am besten erstens durch die Ausführung des Volkes, zweitens durch die Unterstützung derjenigen politischen Gruppen, die unter allen Umständen aus ehrlicher Überzeugung im Sinne der christlichen Nächstenliebe, der Humanität und der Bündnisbildung für die Idee der Ahristung einzutreten. Der Resolution zugestimmen sind wir nicht in der Lage, weil wir dazu von unserer Seite kein Mandat haben. Wir werden aber mit allen Kräften für den Frieden warten. Ich beantrage, die Resolution dem internationalen Komitee zur Berücksichtigung zu überweisen.

Kamerad Eßert-Gewerkschaft Christlicher Bergarbeiter Deutschlands: Es ist ganz selbstverständlich, daß auch wir die Friedensbestrebungen fördern; kein Mensch von uns will den Krieg. Aber diese Frage gehört nicht vor den Bergkongress der Bergarbeiter. Aus diesem Grunde müssen wir die Resolution ablehnen. Kamerad Ebert-Oesterreich schließt sich den Ausführungen des Abgeordneten Hue an.

Kamerad Brack-Großbritannien empfiehlt nach warmer Betonung der Friedensfreundschaft, daß das internationale Komitee, falls ein Krieg drohe, zusammenentreten und über Maßregeln zur Beilegung des Konfliktes beraten möge. Kamerad Hue-Deutschland: Damit können wir uns aus den angegebenen Gründen nicht einverstanden erklären.

Kamerad Sosinski-Polen und Kamerad Hammacher-Hessen-Dinker-Deutschland sagen, daß sie Freunde der internationalen Friedensbestrebungen sind, aber die Erörterung der Frage auf diesem Kongress ablehnen müssen.

Der Antrag Hues auf Überweisung der Resolution an das internationale Komitee wurde angenommen. Gegen den Antrag stimmten die deutschen Christlichen.

Nachmittagssitzung.

Kamerad Hochmann-Deutschland begründet eine von deutschen wie österreichischen Bergarbeitern gefaßte Resolution, die besagt, daß auf dem Wege des Abschlusses von Kartellverträgen die Bergarbeiterorganisationen einen Minimallohn festzulegen suchen sollen. Er betonte, daß man in Deutschland im Bergbau in der Frage des Minimallohnes noch sehr weit zurück sei, obwohl diese Frage schon seit Jahren eine Forderung der internationalen Bergarbeiterkongresse bilde. Schuld daran sei die Zerrissenheit der Organisationen und der Widerstand der Unternehmer, die gerade dieser Forderung besonders feindlich gegenüberstehen. Tatsächlich seien die Löhne in Deutschland noch recht lärmlich; so beträgt der jährliche Durchschnittslohn nach der Statistik von 1906 im Steinbruchbergbau 1370 Mt., im Braunkohlenbergbau 1093 Mt., im Erzbergbau 1028 Mt. und im Salzbergbau 1223 Mt. Der Gedanke bittet um Annahme der Resolution.

Kamerad Karolim-Oesterreich schließt sich Hochmann an, ebenso unter ihnen die Kameraden Smits-England, Lombard-Belgien, Lamendin-Frankreich die Resolution. Diese wird dann angenommen, wie ferner auch die Resolution, bei allen Wahlen zu gewählten Körperschaften nur solche Kandidaten zu unterstützen, die sich ehrenwürdig zur energetischen Vertretung der auf den internationalen Kongress festgelegten Bergarbeiterforderungen verpflichtet. An der Abstimmung hierüber nahmen die deutschen Christlichen nicht teil. Eßert ließ durch den Präsidenten erklären, daß jedes einzelne Gewerkschaftsmitglied mitglied im Sinne der Resolution wirken werde, daß aber die Gewerkschaftsmitglieder nicht einstimmen können, weil diese Resolution so gefaßt sei, daß sie eventuell als eine Verpflichtung der Organisation aufgefaßt werden können.

Der Kongress erklärt sich sodann auch mit einer belgischen Resolution einverstanden, in der gefordert wird, daß den Bergarbeitern jedes Jahr 14 Tage Ferien gewährt werden sollen.

Kamerad Bisham-England erstattet als internationaler Sekretär Bericht. Es werden noch einige geschäftliche Mitteilungen gemacht und die Wahlen zum internationalen Komitee vorgenommen. Für Deutschland werden in dieses Komitee die Kameraden Hue, Schröder und Ebert gewählt, für Österreich Eingr. und Ebert.

Mit einem warmen Appell und der Mahnung zur Einigkeit schließt Kamerad Hue den Kongress, nachdem als Tagungsort für den nächsten Kongress Paris bestimmt wurde. Unter Übung von Arbeitersiedlern in den verschiedensten Sprachen verlassen die Delegierten den Saal.

Das Grubenkapital und die Steiger.

Bisher glaubten die Steiger in dem "Bericht technischer Grubenbeamten" eine Organisation gefunden zu haben, in der ihre Interessen in kräftigster Weise geahndet und das Ständebeamtentum der Beamten gehoben und vertreten werde. Einmal dämmerte es den Steigern wenigstens im Ruhrgebiet auf, daß sie sich in einer solchen Interessenvertretung recht stark

geräuscht hatten. Das kommt daher, weil in dem "Verein technischer Grubenbeamten" sich nicht nur die Beamten niedriger Grades organisieren, sondern es machen sich auch die Vorgesetzten dieser Beamten im Verein behaglich. Vorgesetzte und Untergesetzte schlangen um sich das "harmonische Band des Patriarchalismus". Was das heißt, kennen wir ja. Die Gegenwart höherer Beamten stopft den unteren von selbst den Mund, die Kritik schwiegt, die Selbständigkeit verkümmert! Über an derselben Stelle sagt die Jagd nach dem Wohlwollen der "sehr verehrten Vorgesetzten" ein. Es zeigt sich der widerliche zum Himmel stinkende Lumpf, wie überall, wo gleiche Zustände sich zeigen. Streichen nach oben, gnädiges Herablassen nach unten. Das im Verein; auf den Gruben wird eine andere Rechnung präsentiert. Hier wird der Patriarchalismus fortgesetzt, aber nicht überzuckert, sondern in grüblerischer Auslage. Je tiefer der Beamtengrad, umso schlimmer die Auslastung, in die er hineingezogen wird. Vornehmlich leiden die Steiger. Jawohl, die Lage dieser Beamtenkategorie ist eine sehr traurige. zunächst die schweren dienstlichen Obliegenheiten, dann die gesäßige aber unwürdige politische wie soziale Unterordnung nach oben hin. Nicht mit Unrecht wird betont, daß die Steiger bei Wahlen mit und gegen ihre Überzeugung die Sturmkolonnen der Grubenbesitzer bilden müssen. Und mancher, dessen Qualifikation sonst sehr fraglicher Natur ist, hat dadurch schon sein Ansehen gehoben; zum mindesten wurde Nachsicht gegen ihn gelöst. Hauptfache ist, daß er die Rolle auf der Grube in anderen Formen weiter zu spielen vermag. Diese Tiere bilden dann die Gefahr für Arbeiter und für ehrliche Charaktere unter den Beamten. Wir haben schon einmal auf diese Gefahren hingewiesen. Solchen schlimmen Zuständen wird aber kein Ende geboten in dem "Verein für technische Grubenbeamte". Würde in Wahrheit das Standesbewußtsein hier gepflegt, es sähe nicht so lärmäßig mit den Beamten auf den Gruben aus, hier, wo der Beamte nicht freier Mensch und Bürger ist, sondern wo ihn eine weise Vorschrift zwischen "Soll und Haben" gesetzt hat, wo der Beamte dafür zu sorgen hat, daß den Werksherrn die Selbstosten auf möglichst minimalem Grenzen verbleiben. Oben drängt die Kommandantur, die nach unten hin jedem Eigenwillen der Beamten den Hals ausdrückt. Wehe, wenn der Beamte nicht kapiert, um was es sich da bei ihm handelt.

Die Steiger im Ruhrbedien haben sich ihre eigene Organisation geschaffen, die Herren im "Verein technischer Grubenbeamten" töben und beschließen verdommende Resolutionen gegen die junge Organisation. Wieviel Unrecht aber muß sich angehäuft haben, ehe die Steigerorganisation zu Lande kommen konnte? Man muß schon die Berichte aus den Steigerversammlungen lesen, um zu verstehen, daß diese Beamten in der Tat nichts anderes mehr übrig blieb, als die neue Organisation. Wir sehen gern darüber hinweg, wenn noch viel Unzulänglichkeit in den gesteckten Zielen vorhanden ist, aber wie beginnen es mit Genehmigung, daß so viele Beamte endlich sich nach Mitteln umsehen, um aus ihrer trostlosen Lage sich herauszuholen. Wie es damit bestellt ist, mögen folgende Darlegungen eines Verbundsteigers in einer Steigerversammlung zeigen. Es heißt:

"Einen großen Teil Schuld an der schlechten Lage der Grubensteiger liegt aber auch die Angst, die der Steiger vor seinem Vorgesetzten hat. Auf vielen Bechen muß der Steiger unter dem Drucke, der auf ihm lastet, alle seine Gedanken auf die Förderung konzentrieren, dabei Dienst bis zum Erbrechen und so wird im Sturm und mit dem Gedanken „schnell“ durch die Bäume gefegt, zu einem verunstippten Worte über Arbeit und Verordnungen keine Zeit gefunden und dann heißt's „Wagen drauflegen und Pferdejungen kreischen“. Das läßt aber auf die Zeit kein überlegtes Denken mehr zu und man heute gesagt wird, rechts Scheuklappen, links Scheuklappen und geradezu Kohlen und dahinter die Peitsche, so wird wohl nicht so weit daneben gegriffen sein".

Nach einer weiteren Mitteilung müssten auf einem der Schächte des Essener Bergwerksvereins an einem Tage acht Reviersteiger mittags wegen schlechter Förderung sofort wieder in die Erde fahren. Zeit zum Waschen oder um essen zu können, sei nicht gewährt worden. Da diese Vorfälle nicht einzigt dastehen, so kann man ermessen, in welcher Lage sich die Beamten befinden. Wir wollen nicht an alle die Einzelheiten erinnern, die die Beamten bedrücken und die sie schließlich zwingen, die Flucht in die Daseinlichkeit zu suchen und ferner sich eine Organisation zu ihrem Schutz zu schaffen.

Wer kann ist die Organisation ins Leben gerufen und der Kampf der Werksherrn jetzt gegen die Grubensteiger in der schärfsten Weise ein. Wie den Grubenbesitzern das Koalitionsrecht der Arbeiter nichts gilt, ebenso wenig achtet sie ein Koalitionsrecht ihrer Beamten. Das Herrschaftsentiment fühlt sich nur tapfer und wohl unter Sklaven und Heloten. Dieses Mittel ist den Herren im Kampfe für dieses Helstentum recht. Folgende Zellen mögen zeigen, wie der Grubenbesitzer die Steigerorganisation behandelt.

Zu der Morgenangabe der "Rhein-West. Zeit." vom 22. September erschien ein Artikel mit der Überschrift "Steigerverband und Bergbaulicher Verein". Derselbe hat folgenden Vorlaut:

"Von dem Vorsitzenden des neuerrichteten im Ruhrrevier gegründeten Steigerverbandes ist dem Vorstand des Bergbaulichen Vereins ein Schreiben zugegangen, in dem die Entlassung eines Steigers von der Firma Zollner mit dessen Eintritt in den Steigerverband in Verbindung gebracht wird, und in dem der Bergbauverein aufgefordert wird, sich zur Verhinderung solcher Maßregeln einzuschalten. In dem Schreiben wird ferner als das Ziel des Verbandes bezeichnet, nicht mehr so wahllos auf Gnade und Ungnade der Willkür hoher Vorgesetzter ausgesetzt zu sein. Unsere Pflicht mögen wir aber auch um so besser erfüllen." Gewöhnen dieses Ziel die Bechen nicht im anständigen Kampfe, machen wir alle Parteien, von den Konservativen bis zu den Sozialdemokraten auf unsere Lage aufmerksam. Soll der Steiger die Verantwortung für Leben und Gesundheit der Arbeiter tragen, muß er auch selbständig handeln können. Als willensloses, wehrloses Werkzeug seiner Vorgesetzten kann er das nicht und darüber soll die öffentliche Meinung schon aufgklärkt werden. Es gehen vielleicht zehn und mehr Jahre darüber hin, aber der Sieg wird auch im Gewaltkampfe unser. Erreichen wir das aber, daß der Steiger dasselbe Verhältnis verlangt, wie die Lehrer, haben wir und auch Sie nicht den Ruhm, der erreicht wird, wenn Sie im guten mit uns ein anständiges Gedinge abschließen.

Deshalb meine ich, ist es besser, Sie drängen uns nicht durch Gewaltmaßregeln auf diesen Weg.

Daß es mir fernliegt, den Steigerstand aufzuregen, ersehen Sie vielleicht schon daraus, daß ich das neue Knappenschaftssystem, soweit es über uns Beamte handelt, für "sehr gut" in Versammlungen erklärt habe, trotzdem man, wenn man kritisieren wollte, noch genug daran auszusezen hätte.

Mit Steiger Mantel habe ich heute morgen gesprochen, und wollen wir die Kündigung für 14 Tage todschwören. Nach Ablauf dieser Frist will er seine Direktion um Entschuldigung bitten und die darauf erfolgende Antwort ist auch die Beantwortung meines heutigen Schreibens.

Machen Sie das Wort wahr, welches Herr Bergassessor Trippé am 3. Dezember in Berlin gesprochen hat: "Ich kann von mir und allen anderen Bergwerksleitern behaupten, daß wir uns einen einseitigen Herrenstandpunkt nicht zu eigen machen!" Betrachten Sie in diesem Sinne die ganze Angelegenheit, so haben Sie selbst den größten Nutzen davon.

Ihren weiteren Entschließungen entgegenstehend, zeichnet mit

größter Hochachtung

Georg Werner,
Vorsitzender des Steigerverbandes."

Wir haben schon angedeutet, daß in den Bechen des Steigerverbandes manche Unzulänglichkeit herrscht und darum können wir auch nicht alles unterschreiten, was da oben in dem Schreiben des Vorsitzenden des Steigerverbandes niedergelegt ist. Trotzdem haben wir uns verpflichtet gefühlt, die Korrespondenzfrage zu veröffentlichen. Zeigt sie doch unsere Werksherrn im vollsten Glanze. Derselbe übermittelt, mit dem man den Arbeiterorganisationen entgegtritt, spielt auch gegen die Steiger. Fahren die Grubenherren mit einer solchen Bravur fort, dann werden sie erleben, daß sie das

wiegende Mehrzahl der Steiger veraltige Ansichten missbilligt, und halten diejenigen, die Ihnen zustimmen, für durchaus ungeeignet, eine Beamtenstellung zu versehen."

Gleichzeitig mit dem Erscheinen des Artikels ist aber auch mit Kündigungen und anderen Maßnahmen gegen Mitglieder des Verbandes vorgegangen worden. Außer Steiger Mantel von Beche Zollner sind auf Beche Mathias Skinner in Garne zwei Steiger, mit der offenen Motivierung, wegen Aufforderungen zum Beitritt zum Steigerverband zum 1. Dezember gekündigt worden. Beide sind schon jahrelang auf dieser Beche in Stellung. Der eine hat vor einigen Monaten die Frau verloren und besitzt sechs Kinder, der andere nur drei. Auf Beche Ewald wurde allen Steigern mit Kündigung gedroht, dem Vertrauensmann der einen Anlage ist das Steiger abgenommen worden und er muß als Hilfssteiger fahren. Zu gleicher Zeit annonciert diese Beche in vielen Zeitungen und sucht Steiger, um ihr Vorhaben auszuführen.

Um Steiger zu bekommen, sollen Arbeiter zur Verpflichtung bei den Bergbehörde angemeldet werden; denn diese Leute müssen willenslos gehorchen.

Der Brief, der die Veranlassung zu diesem Vorgehen gegeben hat, sei hier im Wortlaut veröffentlicht:

"Essen, den 8. September 1907.

Un
den Vorstand des Vereins für die bergbaulichen Interessen
im Oberbergamtbezirk Dortmund

zu

Essen a. d. Ruhr.

Gestern erhielt ich von Steiger Mantel aus Werlindie die Nachricht, daß er von Beche Zollner infolge seines Eintretens für den Steigerverband gekündigt worden sei.

Da diese Maßregel von schwerwiegender Bedeutung für die zukünftige Stellung unseres Verbandes zu den Grubenbesitzern ist, will ich Sie, als die Vertreter derselben und im Interesse des sozialen Friedens auf die Folgen dieses Schrittes aufmerksam machen und Sie bitten, die ganze Sachlage doch nicht allein vom starken Arbeitgeberstandpunkt aus zu betrachten, sondern meinen nachfolgenden Ausführungen ohne Schärfigkeit zu überlegen und evtl. unbedachte Schritte von einzelnen Ihrer Mitgliedern verhindern resp. vorsichtig zu machen.

Sie nehmen ja selbst das Recht in Anspruch, sich zusammen zu schließen und Ihre Interessen geschlossen zu vertreten. Sie kennen aber auch die Schwere des Steigerberufs, seine Gefährlichkeiten und seine Verantwortung. Warum soll uns das Recht, unsere Interessen zu vertreten, verweigert werden?

Ich bitte Sie auch nicht darum, uns freudvoll anzuerkennen. Ich bitte Sie nur, nicht unnötige Erbitterung in unseren Kreisen hervorzurufen. Der Steigerverband ist bis heute eine nationale Kette gewesen, der stets seinen Pflichten gegen Besitzer und Staat nachgekommen ist. Wird ihm heute sein Recht sich zu vereinigen und gegen Verschlechterungen im Berufe zu mehren, streitig gemacht, und zwar ist die brutale Art und Weise, die sonst gegen rostige Heher (!) und Schreiter (!) unter Arbeitern (!) angewendet wird, so wird von Ihnen der Steigerstand mit diesen Beuten auf gleiche Stufe gestellt und eine weitgehende Erbitterung hervorgerufen und die Parole zur militärischen Gegenwehr ausgegeben. Hat es nun für Sie und auch für uns Zweck, einen solchen Kampf zu führen?

Wenn Sie ehrlich gegen sich selbst sind, müssen Sie zu der Einsicht kommen, daß es doch in Ihrem eigenen Interesse liegt, einen zufriedenen Beamtenstand zu bekommen. Wenn gehobelt wird, fallen Späne, und in dem Raum, der sich der unterste Bildung entwickelt, ist von unserer Seite auch manches Wort gefallen, was besser unterblieben wäre. Wir haben aber auch die Gegenmeine der eingetragenen Bechen für Späne gehalten und das als große Erbitterung erregend gar nicht betrachtet. Die Maßregelung geht jedoch weit über die Grenzen eines anständigen Kampfes hinaus, und die Verbandsleitung steht am Scheidewege. Da ich persönlich den besten Weg für den besten halte, meinem Gewissen, meinen Kollegen und auch der Oberschicht gegenüber aber auch mein späteres Tun vertreten können will, schreibe ich heute an Sie, und dieser Brief soll Sie über unsere beabsichtigten Schritte aufklären. Unser Ziel ist: Nicht mehr so wehrlos auf Gnade und Ungnade der Willkür hoher Vorgesetzter ausgesetzt zu sein. Unsere Pflicht wollen wir aber auch um so besser erfüllen.

Kommt der Verband ohne Maßregelungen zustande, so läßt sich durch Einlagen und Gefüsse auf den einzelnen Bechen und eventuell Veröffentlichungen in unserer Zeitung im Laufe der Zeit dieses erreichen. Das Pflichtgefühl des Steigers, die Beche gegen den Arbeiter zu vertreten, wird durch gute Behandlung und garantiebare Gewohnheiten erhöht. Das Gefühl, dieses im guten erreicht zu haben, ermöglicht ein harmonisches Zusammenarbeiten und auf den Steigerstand müssen Sie hauen können; wahrscheinlich bringen schon die nächsten Wochen einen Arbeiteraufstand infolge des Knappenschaftsstatuts, dann muß jeder Steiger die Knochen ziehen. Sehen wir aber, daß Sie uns, wie bisher, völlig unvollständig halten und uns durch Gewaltmaßregeln am Zusammenschluß hindern wollen, müssen wir durch die Gesetzgebung selbständig gemacht werden. Sie brauchen nicht zu denken, daß Sie uns zu unüberlegten Schritten verleiten könnten. Sachlich und mit reißlicher Überlegung, aber auch mit eiserner Energie, gehen wir auf das Ziel zu, welches wir uns gesetzt haben, dem Steigerstand eine seinem Berufe angemessene Stellung zu erringen.

Gewähren es die Bechen nicht im anständigen Kampfe, machen wir alle Parteien, von den Konservativen bis zu den Sozialdemokraten auf unsere Lage aufmerksam. Soll der Steiger die Verantwortung für Leben und Gesundheit der Arbeiter tragen, muß er auch selbständig handeln können. Als willensloses, wehrloses Werkzeug seiner Vorgesetzten kann er das nicht und darüber soll die öffentliche Meinung schon aufgklärkt werden. Es gehen vielleicht zehn und mehr Jahre darüber hin, aber der Sieg wird auch im Gewaltkampfe unser. Erreichen wir das aber, daß der Steiger dasselbe Verhältnis verlangt, wie die Lehrer, haben wir und auch Sie nicht den Ruhm, der erreicht wird, wenn Sie im guten mit uns ein anständiges Gedinge abschließen.

Deshalb meine ich, ist es besser, Sie drängen uns nicht durch

Gewaltmaßregeln auf diesen Weg.

Daß es mir fernliegt, den Steigerstand aufzuregen, ersehen Sie vielleicht schon daraus, daß ich das neue Knappenschaftssystem, soweit es über uns Beamte handelt, für "sehr gut" in Versammlungen erklärt habe, trotzdem man, wenn man kritisieren wollte, noch genug daran auszusezen hätte.

Mit Steiger Mantel habe ich heute morgen gesprochen, und wollen wir die Kündigung für 14 Tage todschwören. Nach Ablauf dieser Frist will er seine Direktion um Entschuldigung bitten und die darauf

erfolgende Antwort ist auch die Beantwortung meines heutigen Schreibens.

Machen Sie das Wort wahr, welches Herr Bergassessor Trippé am 3. Dezember in Berlin gesprochen hat: "Ich kann von mir und allen anderen Bergwerksleitern behaupten, daß wir uns einen einseitigen Herrenstandpunkt nicht zu eigen machen!"

Betrachten Sie in diesem Sinne die ganze Angelegenheit, so haben Sie selbst den größten Nutzen davon.

Ihren weiteren Entschließungen entgegenstehend, zeichnet mit

größter Hochachtung

Georg Werner,

Vorsitzender des Steigerverbandes."

Wir haben schon angedeutet, daß in den Bechen des Steigerverbandes manche Unzulänglichkeit herrscht und darum können wir auch nicht alles unterschreiten, was da oben in dem Schreiben des Vorsitzenden des Steigerverbandes niedergelegt ist. Trotzdem haben wir uns verpflichtet gefühlt, die Korrespondenzfrage zu veröffentlichen. Zeigt sie doch unsere Werksherrn im vollsten Glanze. Derselbe übermittelt, mit dem man den Arbeiterorganisationen entgegtritt, spielt auch gegen die Steiger. Fahren die Grubenherren mit einer solchen Bravur fort, dann werden sie erleben, daß sie das

Gegenteil von dem erzielen werden, was sie mit der Niedertrampfung der Steigerorganisation beabsichtigen. Den Steigern ist hingegen zu empfehlen, jede Neutralität zu Hause zu lassen. Die rücksichtslose die Werksherrn auftreten, um so offener und stärker muß der Kampf gegen sie geführt werden. Die Steiger haben das Recht und die Sympathie aller vernünftig denkenden Menschen in diesem Kampfe auf ihrer Seite. Mögen sie daher sorgen, daß ihnen beides verbleibt, dann braucht ihnen um die Zukunft nicht bangen sein, trotz der größten Verfolgungen.

Soziale Rechtsprechung und Arbeiter-Sicherung.

Welche Vorteile bietet der Bergarbeiterverband?

Es ist eine allbekannte Tatsache, daß vorwiegend die Frauen der Bergarbeiter wegen der Organisationsbeiträge gegen die Ungehörigkeit ihrer Männer zum Bergarbeiterverband monieren. Und doch sind sie am meisten mit dabei interessiert, wenn die Männer sich ihrer Organisation anschließen. Von der Darstellung der günstigen Einwirkung der Organisation auf die Lohn- und Arbeitsverhältnisse, wodurch die Beiträge mehr als hundertfältige Früchte zeitigen, soll diesmal völlig Abstand genommen werden. Ein anderer eminent ins Auge fallender Vorteil zeigt sich in nachstehender Tatsache und sie dürfte genügen, um auch die Frauen für den Bergarbeiterverband zu begeistern.

Es handelt sich um die Errichtung des Reichsschuhes. Nur

dieser Einrichtung es ungängliche Kameraden und deren Witwen nebst Waisen zu verdanken, wenn Ihnen die im Kranken-, Unfall- und Invalidenversicherung gezeigt vorgelegten Urteile zuteil werden. Gerade auf genannten Gebiete malst noch eine bedauerliche Unkenntnis vor, zumal bei den Frauen. Wie vorteilhaft ist es dann, wenn bei einem Unglücksfall von einem Arbeiterselbstarzt sachgemäß auszuführen. Begegne man nur die Unfallverletzten oder deren Hinterbliebenen über die Rechtskonsulenten, dann wird einem regelrecht die Antwort zuteil: "Ja, unser letztes Geld haben wir diesen gegeben, jedoch geholfen ist uns nicht." Damit soll allerdings nicht gesagt sein, als ob nicht auch mal die von den Arbeiterselbstarzten bearbeiteten Sachen verloren gingen. Allein der Vorteil bleibt bestehen, daß zu nächst die Geldauslagen für schlechtliche Arbeiten unterbleiben, die Klagesache selbst aber bedeutend vorteilhafter vertreten wird. Wir sind fest davon überzeugt — und die Witwe teilt die Ansicht — daß z. B. in der Unfallsache Kittler-Herten den Hinterbliebenen die Unfallrente verliehen wäre, wenn nicht eines dieser Arbeiterselbstarztes — Recklinghausen — die Sache versucht hätte. Er war im Bergarbeiterverband. Das Selbstarzt hat diesen Witwe und Kindern dazu verholfen, daß Ihnen die Knappenschaftsberufsgenossenschaft nach der endgültigen Entscheidung des Reichsversicherungsamts monatlich 50,50 Mr. und an rückständigen Rentenbeiträgen über 600 Mr. zahlen müß. Dabei kommt zur Berechnung der Rente ein täglicher Arbeitsverdienst von nur 8,85 Mr. in Betracht. Bei höherem Verdienst würde auch die Rente bedeutend höher sein.

Der Sachverhalt ergibt sich aus der nachstehenden Entscheidung des Reichsversicherungsamts, welche wir auch schon wegen ihrer prinzipiellen Bedeutung zur weiteren Kenntnis bringen:

"Im Namen des Reichs.

Zu der Unfallsicherungsfäche der Hinterbliebenen des Bergmanns Gustav Kittler in Herten i. W. (folgen Namen), Kläger und Rechtskläger, wider die Knappenschaftsberufsgenossenschaft, Beklagte und Rechtsbeschuldigte, hat das Reichsversicherungsamt, fünfzehnter Rekursen, in seiner Sitzung vom 8. Juli 1907, an welcher teilgenommen haben (folgen Namen), nach mündlicher Verhandlung für Recht erkannt:

Unter Aufhebung des Urteils des Schiedsgerichts für Arbeiterversicherung in Bochum vom 28. Februar 1907 und des Urteils der Bergarbeiter in Bochum vom 28. November 1906 wird diese verurteilt, den Kläger aus Unfall des am 8. August 1906 erfolgten Todes des Gustav Kittler die gesetzlichen Entschädigungen zu gewähren.

Unter Aufhebung des Urteils des Schiedsgerichts für Arbeiterversicherung in Bochum vom 28. Februar 1907 und des Urteils der Bergarbeiter in Bochum vom 28. November 1906 wird diese verurteilt, den Kläger aus Unfall des am 8. August 1906 erfolgten Todes des Gustav Kittler die gesetzlichen Entschädigungen zu gewähren.

Gegen das vorbezeichnete Urteil, auf dessen Inhalt verwiesen wird, haben die Kläger rechtzeitig Rekurs eingereicht mit dem Antrage, ihnen die Hinterbliebenrente zugesprochen. Auf den Inhalt der Rechtsbeschuldigung wird Bezug genommen. Die Beklagte hat die Zurückweisung des Rekurses beantragt.

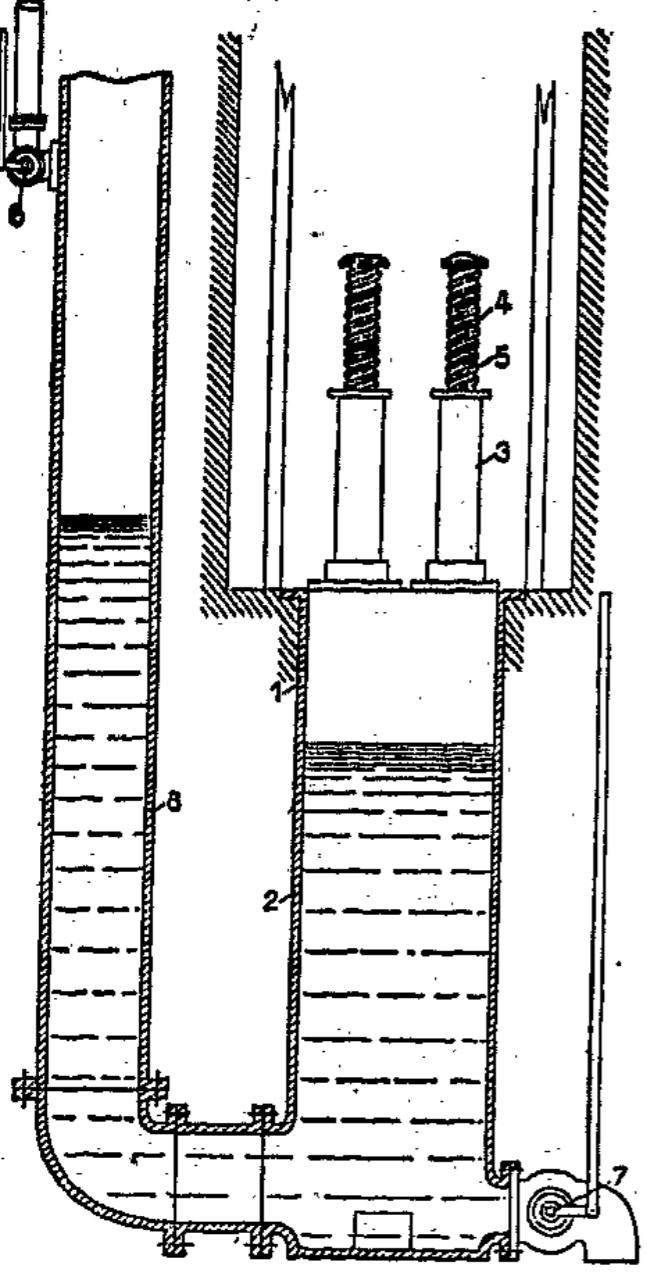
Es soll, wie geschieht, zu erkennen.

Der Bergmann Gustav Kittler, welcher auf der Beche Mont Cenis beschäftigt war, hat dagegen am 7. August 1906 während der Betriebsaktivität dadurch eine schwere Schädelverletzung erlitten, daß er infolge eines epileptischen Krampfanfalls hinterüber fiel und auf den elterlichen Platzlatten der Laubebene aufschlägt. Die Verletzung hatte am nächsten Tage den Tod des Kittler zur Folge.

Die Vorinstanzen haben bei diesem Sachverhalt zu Utrecht die Entschädigungsansprüche der Hinterbliebenen zurückgewiesen. Die gesetzliche Unfallsicherung umfaßt allerdings nicht Unfälle jeglicher Art, der Unfall muß vielmehr "bei dem Betriebe

Beteiligen, alles zu tun, daß derartige Unglücksfälle, wobei sehr häufig Menschenleben zu verlieren sind, vermieden werden. Wenn ein so hartes Aufsehen des Förderkorbes zu verhindern, sind meines Wissens bisher noch auf keiner Schachtanlage Vorkehrungen getroffen, bzw. sind noch keine Vorrichtungen entdeckt worden, welche wirklich einen Schutz in dieser Beziehung bieten. Die Frage ist aber für die Bergarbeiter von einer solch eminenten Wichtigkeit, daß in dieser Beziehung unbedingt etwas geschehen muß. Wer liegt dem Bergmann, wenn er heute in die Tiefe fährt, dafür, daß er unten lebend über mit seinen Gliedern ankommt, solange keine Vorkehrungen getroffen sind, die die Gefahren bei der Seilschaft auf das menschenmögliche Maß verringernt? Eine Vorrichtung, welche meines Erachtens geeignet ist, die Unfälle bei der Seilschaft zu vermindern, bietet die vom fälschlichen Patentamt in Berlin als Gebrauchsmuster unter Nr. 800800 eingetragene hydraulisch wirkende Auffangvorrichtung für Förderkorbe. Der Erfinder ist Bergmann Adam Oegemann-Altenbor.

Eine beispielnde Zeichnung veranschaulicht eine derartige im Schachtsumpf eingebaute Fangvorrichtung:



Der Schwimmer (Nr. 1), der in hineinreichender Stärke und hohl ausgeführt ist, hat eine solche Form, daß er genau in den mit Wasser gefüllten Ratten (Nr. 2) hineinpaßt und sich darin auf und nieder bewegen kann. Auf diesem Schwimmer sind eiserne Rohre (Nr. 3) angebracht, in die hinein sich die an ihren oberen Enden als Puffer ausgebildete Stangen (Nr. 4) vorstoßen lassen. Auf letztere sind, der jeweiligen Schwere des Förderkorbes entsprechend, starke Spiralschrauben (Nr. 5) aufgestreift, die den ersten Anprall des Förderkorbes aufzunehmen bestimmt sind. Die Ventile Nr. 6 und 7 dienen zum Zug bzw. Ablassen des Wassers.

Stößt eine Förderkugel in einem Schachte, der in seinem Sumpf mit einer solchen Auffangvorrichtung versehen ist, auf diese auf, so schieben sich zunächst die Stangen Nr. 4 in die Nische Nr. 3 hinein, dabei die Spiralschrauben Nr. 5 zusammenpressen. Dieser Druck überträgt sich auf den Schwimmer Nr. 1, der seitwärts das Wasser in dem Steigerrohr Nr. 8 in die Höhe treibt. Bei sehr schweren Förderkorben werden mehrere der oben beschriebenen Auffangvorrichtungen eingebaut werden müssen, die zweckmäßig an ein gemeinsames Steigerrohr angebracht werden können.

Da jetzt auf fast allen Schachtanlagen das Abziehen und Aufschieben der Förderkorbe von bzw. auf diesen Schwimmern zum frei hängenden Fall geschieht, so würde es sich empfehlen, daß die Auffangvorrichtung so tief im Schachtsumpf eingebaut wird, daß dieselbe erst dann in Wirklichkeit zu treten braucht, wenn der Maschinist die Gewalt über die Fördermaschine verliert. Wo dies nicht möglich ist, kann die Fangvorrichtung während der Produktionsförderung auch außer Betrieb gelegt werden, indem man durch das untere Ventil Nr. 7 das im Moment sich befindliche Wasser abschafft, wodurch dann der Schwimmer sinkt und bei der Förderung nicht stört. Beim Beginn der Seilschaft braucht nur das Ventil Nr. 6 geöffnet zu werden, um soviel Wasser einzulassen, daß der Schwimmer bis zu der notwendigen Höhe steigt.

Für die Bergarbeiter würde die Anbringung dieser hydraulisch wirkenden Auffangvorrichtung von großer Wichtigkeit sein, die Sicherheit und das Vertrauen der Arbeiter würde zunehmen und vor allem würde die Zahl der Unfälle, welche durch so hartes Auftreffen der Förderkorbe herbeigeführt werden, gewaltig zurückgehen.

Aber auch für die Werkbesitzer würde die Anbringung dieser Auffangvorrichtung von großem Vorteil sein; zunächst infolge, als durch ein Zurückspringen der Ratten die Kosten der Unfallversicherung verringert würden, dann aber durch die Betriebsförderungen und die Materialschäden, die verhindert würden. Es liegt also sowohl im Interesse der Werksbesitzer, wie der Arbeiter, daß die vorbeschriebene Auffangvorrichtung möglichst auf allen Werken angelegt wird. Der Zweck dieser Ausführungen soll sein, die Bergbehörde auf die vorberechnete Einrichtung aufmerksam zu machen damit eventuell durch diese die so notwendige Sicherheit gegen das Auftreffen der Förderkorbe beim Betragen der Fördermaschine geordnet wird.

Nachrichten aus der Montanindustrie.

Kapitalistischer Fischzug!

500 Prozent Dividende!

Die Internationale Bohrgesellschaft, der durch die neue Berggesetzgebung endlich die Flügel beschnitten wurden, kann seit ihrem Bestehen auf reiche Entwickelung zurückblicken. Sie wurde im Jahre 1895 mit einem Aktienkapital von 400 000 M. gegründet, das 1900 auf eine Million Mark erhöht wurde. Die Gewinnaufteilung in den zwölf Jahren des Bestehens der Internationalen Bohrgesellschaft war folgende:

Jahr	Dividende in Prozent	Jahr	Dividende in Prozent
1895/96	0	1896/97	20
1896/97	5	1897/98	75
1897/98	20	1898/99	45
1898/99	25	1899/1900	100
1899/1900	25	1900/01	500
1900/01	30	1901/02	500

Wer nun aber glaubt, mit diesen abselbstartigen Summen seien die Eintäge der Gesellschaft erschöpft, der irrt. Auf Umwegen richten den Teilhabern weitere Summen zu, Rauschfestsatz und Vorstand wurden, wie wir noch sehen, gleichfalls rechtlich bestraft. Mitgeteilt wird noch, daß bei einer Million Aktienkapital nach dem Geschäftsjahrschlusß 1905/06 ein Wertzuflug an Geräten, Maschinen, Bohrgeräten, Eisenwaren usw. von 21 340 000 M. vorhanden war. Auf dem Passivontofigurieren: Aktienkapital eine Mill. Mark, Drs. Reserve 100 000 M., Rentenreserven 300 000 M., Dividendenreserven 100 000 M., Erneuerungsreserve 250 000 M., Inventar 2000 M., Gläubiger 4 510 616 M., Ausgabekasse 58 141 M., Gewinn und Verlustonto 21 340 220 M. Letztlich ist

der Verkaufswert der Umlagen bedeutend größer als der Buchwert. Es stehen z. B. zu Buche die Bohrkübel und Motoren mit nur 10 M., Bohrrohre und Gestänge ebenfalls mit nur 10 M., Modelle mit nur 5 M., Büroausventar mit nur 10 M. usw. Die Abschreibungen für das genannte Geschäftsjahr belaufen sich auf 8 884 851 M. (80 Prozent des Aktienkapitals) und auf neue Rechnung konnten noch 6 056 704 M. vorgetragen werden. Nach Berechnung konnten die Bergarbeiter des Umlenkungsbüros auf 18 Millionen Mark belassen. Der Gewinn im letzten Geschäftsjahr auf 18 Millionen Mark belassen soll. Im vorhergangenen Jahr wurde ein Bruttogewinn von 16,8 Millionen Mark und ein Reinogewinn von 14,4 Millionen Mark erzielt. Außer den 5 Millionen Mark, die im Vorjahr an Dividenden verteilt wurden, gelangten zur Ausschüttung an den Aussichtsrat 120 000 M. und an den Vorstand, 1 170 469 M. oder im Durchschnitt pro Kopf 147 000 M.

Da kann man mit Recht ausreden: Sie haben sich im Golde! Über solche Bahnen sind auch dazu angetan, den ganzen Wahnsinn unserer kapitalistischen Gesellschaftsordnung zu offenbaren, das ist das einzige Gute dabei!

Die Kohlenindustrie in der Provinz Namur (Belgien) im Jahre 1906.

Dieses Kohlerevier bildet einen jener Bezirke, in dem kommende Welt-Herr das Gepter schwingen, die Arbeiterschaft gehört mit zu den reichständigsten in Belgien. Kein Wunder, wenn sich noch Zustände zeigen, die wir sonst nicht mehr im Bergbau kennen, womit aber die belgische Gesetzgebung immer noch nicht aufgeräumt hat zu ihren Schande.

Die Nettoförderung, der elf im Betrieb befindlichen Kohlengruben ist von 742 000 Tonnen im Jahre 1905 auf 880 740 Tonnen gestiegen. In noch stärkerem Verhältnis ist der Wert der Förderung in die Höhe gegangen. Er betrug im Jahre 1905 8 282 350 Frs. und im Jahre 1906 11 025 750 Frs. Der Wert für die Tonne ist damit um 2,78 Frs. gestiegen.

Die Gruben verbrauchten 58 280 Tonnen Kohle gegen 41 480 Tonnen im Jahre 1905. Die Worräte beliefen sich am 31. Dezember 1906 auf 17 480 Tonnen gegen 5870 Tonnen im Vorjahr.

Verbraucht wurden 790 850 Tonnen für 11 114 100 Frs., das ist 14,05 Frs. pro Tonne und 2,72 Frs. für die Tonne mehr als 1905. Die Gesamtausgaben sind gegen 1905 um 2 400 400 Frs. gestiegen, aber immerhin noch um 704 650 Frs. unter dem Wert der Gefahrproduktion geblieben, so daß diese Zahl den Gewinn darstellt. Sich Gruben arbeiten mit einem Gewinn von zusammen 1 881 000 Frs., das ist mehr als doppelt so viel als 1905; die übrigen fünf Gruben arbeiten mit einem Verlust von zusammen 677 050 Frs. Die Förderungskosten sind von 11,88 Frs. auf 13,04 Frs. für die Tonne gestiegen. An dieser Steigerung von 1,16 Frs. sind die Löhne mit 0,61 Frs. beteiligt; sie machen 55 Prozent der Förderungskosten aus. Für Vorbereitungs- und Einrichtungsarbeiten wurden 1 968 450 Frs. aufgewandt und mit ihrem vollen Betrage in Ausgabe gebucht.

Es wurden beschäftigt 4342 Arbeiter:

	1906	1905
davon: unter Tage	8 003	2 749
über Tage	1 249	1 814
	4 342	4 068

und zwar

	1906	1905
unter Tage: Arbeiter von 12–14 Jahren	98	54
" " 14–16 "	157	130

Arbeiterinnen unter 21 Jahren

	1906	1905
über Tage: Arbeiter von 12–14 Jahren	133	114
" " 14–16 "	87	106
Arbeiterinnen von 12–16 Jahren	47	47

Arbeiterinnen von 16–21 Jahren

	1906	1905
" " über 21 Jahre "	12	12

Also höchstwahrscheinlich Kinderarbeit und Kinderausbeutung. Früher wurden hier unter Tage auch noch Frauen beschäftigt. Nach dieser Seite hin scheint doch Verbesserung eingetreten zu sein.

Die Löhne stellten sich für Arbeiter

	unter Tage	über Tage	unter Tage	über Tage
in den Gruben überhaupt zusammen	4,87	4,52	8,01	4,08
1905	6,01	5,38	8,21	4,75

Der jährliche Reinverdienst eines Arbeiters betrug durchschnittlich 1305 Frs.

Es waren, wie im Vorjahr, fünf Fabriken für Herstellung von Brechkohlen in Tätigkeit. Die Produktion im Jahre 1906 hat nach Wert und Wert die höchste Bisher der letzten zehn Jahre erreicht. Der Verkaufspreis der Tonne ist jedoch, obgleich er 2,90 Frs. höher war als 1905, gegen 1901 und besonders gegen 1900 noch zurückgeblieben.

	1906	1905
Zahl der Preßzenen	16	16
Arbeiter	113	117
Kohlenverbrauch Tonnen	135 340	109 480
Produktion Tonnen	151 040	121 740
Gesamtwerk Franks	2 884 950	1 811 900
Wert der Tonne	17,78	14,88

Was die direkte Ausfuhr der Kohlengruben und Preßkohlenfabriken betrifft, so ist die Ausfuhr von Kohlen gegen 1905 zurückgegangen, die Ausfuhr von Preßkohlen etwas gestiegen. Nach Frankreich gingen 81,6 und 75 Prozent der Gesamtausfuhr von Kohlen und Preßkohlen.

Aus der deutschen Arbeiterbewegung.

Judasseele!

Wenn später einmal die Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung geschrieben wird, dann wird man sich mit Wölfchen von jenen Kapiteln abwenden, die die Gründung und Tätigkeit der gelben Gewerkschaften und die katholischen Fachabteilungen behandeln. Von den ersten seien wir ja jeden Berat an Arbeitern von selbst voraus, anders bei den Fachabteilungen, die doch vorgeben, die Grundsätze des Christentums in Ehracht genommen zu haben und die den Kampf gegen das Kapital nicht unter allen Umständen vorwerfen wollen. Wo sich nun die christlichen Grundsätze bei der "Berliner Richtung", wie die Fachabteilungen auch bezeichnet werden, vorfinden sollen, ist uns selbstverständlich ein Rätsel. Wölfe Beschimpfungen der Gegner zeigen uns die gehässige Intoleranz; die schmälernden Werktätern an der Arbeiterschaft bilden Selbst- und Hauptziel der Fachabteilungen. Mag ein Streik noch so berechtigt gewesen sein, ja, mag er von den Fachabteilungen selbst mit anerkannt worden sein und mag man sich an ihm schließlich auch beteiligt haben, das Ende war gewöhnlich der Verhältnisse der Fachabteilungen an den streikenden Arbeitern. Judas ging hin, er nahm für seine Schusterei dreißig Silberlinge, die "Berliner" lassen sich für ihre Werktätern obendrein noch Friststrafen anwenden und bereiten dann von neuem ihre weiteren schärfsten Mittel an für das Kapital vor. Schmäzig und schäbig zugleich war das Verhalten der "Berliner" während des Gottesberger Bergarbeiterstreiks im Jahre 1906; dann trieben sie später ausländisch der Neutorberger Bewegung eine Seelenverläuterin, die einen Schrei der Entrüstung selbst christlicher Gewerkschaftsorgane hervorrief. Streikbruch trieben sie in Königsbrücke vor mehreren Wochen. Selbstzufrieden mit ihrer insamen Handlungswise, die sie mit den verlogensten Ausreden begünfteten, sagten sie sich in Oberfranken triebisch und winselnd an die Bergarbeiter heran zu bedauern. Der Sekretär Wulff von der "Berliner Richtung" wurde aber höhnisch abgesetzt, man verbat sich seine Vermittlung, aber der Herr Spieß hörte diesen Beleidigung nicht einmal. Er wird sich den Werktätern bei späteren Streikbewegungen schämen.

ständlich in gleicher Weise wie beim Königshütter Streik in Empfehlung bringen und werden die Werktätern ihm auch wiederum mit denselben Hohn und derselben Missachtung dienen.

Wir haben nun auf das Verhalten der Fachabteilungen in Schlesien hingewiesen, soweit da der Bergarbeiterverband mit engagiert war an den Bewegungen der Bergarbeiter, an anderen Stellen haben es die Fachabteilungen gleichfalls so getrieben und sie sind bis zu den christlichen Gewerkschaften hin stets in angenehmer Erinnerung. Streikbruch, Denunziation, Arbeiterversetzung, Beleidigung, Kriegerei usw. sind die Tugenden, die die Fachabteilungen jederzeit auf ihr Schild heben, worin sie sich fortgesetzt üben. Und doch nennen sie sich Christen.

Als kürzlich Herr Aachenhauer, der Schafmacher und Vorsitzende des "oberfränkischen Berg- und Hü

"Bergknappe" weiter, wie hätten nicht nötig gehabt, die Direktion in unserer Zeitung auf die Missstände aufmerksam zu machen, dazu sei der Ausschluß da. Der "Bergknappe" röhrt uns schon gestatten, daß wir in dieser Belehrung etwas anderer Meinung sind, wenn wir etwas zu sagen haben, gehen wie gleich zum Schmiede und nicht zum Lehrer, an diesen Ausschluß aber mit Beschwerden herantreten, liege den Vorwurf zum Gärtnern machen. Wenn sich die Leutchen aber durch unsere Stift getroffen fühlen und ihnen Berger im "Bergknappen" Lust machen, beweist das nur, daß wir die Regel auf den Kopf gesetzen haben. Nicht viel besser als der "christliche" Arbeitetausch ist der Vertrauensmann Eßer, der Vertrauensmann des Gewerbevereins und Hilfskinder, aber auch Werksvertreter in einer Person ist, wie nachfolgender Fall beweist: In diesem Sommer hieß die Belegschaft der Grube Bellerhammer eine Besprechung in Bengelbach ab. Es handelte sich hierbei um Befestigung brüdernder Missstände. Die Mitglieder des Gewerbevereins hatten dem anwesenden Bergleiterin Mithilfe ihrer Vorderungen und Beschwerden mitgeteilt, die dieser in der Versprechung verlor und die anwesenden Mitglieder erfuhrten sich dazu zu äußern. Darauf erging der christliche Vertrauensmann Eßer das Wort und erklärte unter anderem: Die Arbeiter hätten gar keine Ursache zur Klage, die Grube Bellerhammer tuß alles mögliche für die Arbeiter und sie hätten es in allen Belehrungen viel besser wie auf anderen Gruben. So handelt und spricht ein christlicher Vertrauensmann gegen die Interessen der eigenen Mitglieder. Wird überdies darunter, wie es im Interesse der gesamten Bergarbeiter liegt, gebildet von uns gelehrt, dann lamentiert der "Bergknappe" über die "Arbeiterbeschämung" der "Bergarbeiter-Zeitung" und beschimpft, statt für Biedenur zu sorgen, die "Verbandsmitglieder". Einem solchen Vertrauensmann würden wie im Verband bald auf die Strümpe helfen. Eßer aber ist heute noch Vertrauensmann des "christlichen" Gewerbevereins und überall von oben — auch im Gewerbeverein — gut angefeuert und bevorzugt. Nur die Arbeiter und Gewerbevereinsleute betrachten ihn nicht mehr so recht als Kameraden und zwar nicht nur aus den oben angeführten, sondern auch aus vielen ähnlichen Gründen, die wir, wenn es not ist, noch bringen werden. Derselbe Eßer hat ja auch gedroht, wenn wir mit dem leichten Artikel des "Bergknappen" noch nicht zufrieden wären, würde er noch schwereres Geschick auffahren! Uns kann das aus naheliegenden Gründen nur recht sein, also heraus mit der Sprache! Bemerkten wollen wir noch, daß die Kohlenhauer in der Grube sich fortwährend über schlechte Steigerleitung ihrer Haken bellagen! Auch über unregelmäßigen und ungleichen Abzug der Wohnungsmiete wird viel gesagt! Es kommt sehr häufig vor, so behaupten die in den Kolonialhäusern wohnenden Arbeiter, daß in einer einzigen Woche 8-9 Ml. abgezogen würden! Hauptsächlich schafft hierin die Direktion bald Hilfe. Wie aber Kameraden von Bellerhammer, schließt euch alle, Mann für Mann, dem Verband an, denn nur dadurch können sich die Arbeiter Vereinigung und bessere Wohn- und Arbeitsbedingungen schaffen.

Hannover, Braunschweig, Hessen-Dippe.

Bantorfer Steinholzwerk am Deister. Vater Staat als Arbeitgeber. Dieses Werk ist im Frühjahr d. J. in den Besitz des preußischen Fiskus übergegangen. Die Bantorfer Arbeiterschaft ist aber mit ihrem neuen Arbeitgeber schon recht unzufrieden. Uns wird mitgeteilt, daß infolge Gedingeabnahmen eine große Anzahl Arbeiter gefindigt und sich anderweitig Arbeit gesucht haben. Auch ein Beitrag zu der Debatte: Die Staatsbetriebe sollen Plattenbetriebe sein. Statt, daß der Staat als Arbeitgeber in Punktlohnzählung an erster Stelle steht, gibt er den Privatbesitzern ein Beispiel, wie man Arbeitern den Brotkorb höher hängt. Die "Deutsche Bergwerkszeitung" bringt von der hiesigen Königl. Berginspektion Bienenburg einen Bericht. Darin heißt es in bezug auf die Arbeiter: Die Löhne sind als gute zu bezeichnen und beträgt der Durchschnittslohn 3,60 Ml. pro achtstündige Schicht. — Der amtliche Durchschnittslohn für die Kaliarbeiter im Überbergamtbezirk Clausthal betrug im ersten Quartal 1907 4,06 Ml. in Bienenburg nach der "Bergwerkszeitung" aber 3,60 Ml. Dafür sind die Arbeiter in Bienenburg auch Königl. Bergleute und "christlich" organisiert.

Königreich Sachsen.

C. G. Rüsterei am Buchgraben, Zwicker. Auf diesem Werk seien Zustände ein, die für die Belegschaft auf die Tücher unerträglich sind. Der Obersteiger Unger auf diesem Werk ordnete vorige Woche an, daß von nun an bis auf weiteres nicht mehr elfstündig, sondern zwölfstündig gefahren werden müsse. Hierzu schrieben sich die Förderleute und fuhren trotzdem nach elfstündigem Schichtzeit aus. Um Freitag früh, den 18. September, sollten nun zwei davon ihre Missratshüte und zwar durch Beschäftigung über Tage. Gegen diese Maßnahme protestierten 18 Männer und verweigerten die Einsicht. Noch am selben Abend fand eine Belegschaftsverhandlung statt, welche gegen die Verlängerung der Schichtzeit um eine Stunde, Stellung nahm. Es wurde beschlossen, eine Kommission von drei Mann sollte bei den Werkseitigen, Gebrüder Rüster, am Sonnabend vormittag vorstellig werden, um die vollständig ungerechtsame Verlängerung der Schichtzeit richtigig zu machen. Bis dahin sollte die Mannschaft am Tage warten und nicht einfahren. Über am Sonnabend früh, als die Mannschaft kam, wurde den 12 Mann der Werkplatz vom Obersteiger vertrieben und die übrige Mannschaft ist, trotz des einstimmigen Beschlusses, nicht eher eingefahren, bis die Kommission mit den Werkbesitzern gesprochen, doch eingefahren und hat sie 18 Kameraden ruhig ziehen lassen. Zwei Männer ließ der Obersteiger Unger am Freitag Abend zu sich kommen und erklärte, die Arbeiter sollten nur zwölfstündig einfahren und versprach für die Verlängerung der Arbeitszeit um eine Stunde 20 Pfsg. Zulage. Ist das nicht ein Sohn? 20 Pfennig werden den Bergarbeitern auf diesem Werk geboten für eine Stunde Überarbeit! Sind nicht schon elf Stunden Überarbeit genug? Und für noch eine Stunde längere Arbeit, bietet man ganze 20 Pfennig, aber erst, nachdem sich ein Teil der Leute dagegen auflehnt, eine Stunde länger zu arbeiten, sonst hätte man es auf diesem Werk von Seiten des Obersteigers für selbstverständlich gehalten, daß für die Überstunde nichts bezahlt wurde. Die Stunde Mehrarbeit wurde damit begründet, daß das Werk eine große Bestellung erhalten hätte und, um dem Auftrag gerecht zu werden, müsse man bis um Weihnachten zwölfstündig arbeiten. Hieraus ersicht man, daß das Kohlengeschäft ausgeschaltet geht und weil es so gut geht, muß der Arbeiter bis um Weihnachten eine Stunde länger umsonst arbeiten und noch dazu für die Gebrüder Rüster, eine der reichsten Gesellschaften im Zwicker Revier. Von jener ist uns bekannt, daß auf dem Rüster-Schacht erträgliche Verhältnisse gewesen seien, sollen jetzt erfüllt man aber das Gegenteil. Nicht nur gibt es eine überaus lange Arbeitszeit und niedrige Löhne, sondern auch in sanitärer Beziehung sieht das Werk hinter vielen anderen Werken zurück. Das Mannschaftsbad gleicht einem Schweinstall. Unter drei Brausen müssen sich eine Anzahl Leute ganz eng zusammenstoßen waschen. Über selbst von diesen drei Brausen laufen immer nur zwei, Flöhe und Wanzen haben dort ihr Heim aufgeschlagen, sobald durch dieses Misterebad die Arbeiter, wenn auch etwas unreinlich, natürlich von diesen Tieren mit nach Hause bringen. Aber daß die Verhältnisse nicht nur auf Rüster-Schacht, sondern auf allen tiefrückigen sind, liegt zu einem guten Teil an der Arbeiterschaft selbst. Die Organisation ist vielen unserer Bergarbeiter im Zwicker Revier noch stand und doch können nur bessere Zustände für die Bergarbeiter durch den Verband geschaffen werden. Das Kapitalstötige Bergwerksunternehmen, auch im Zwicker Revier, hält es für notwendig, sich zu organisieren. Der arme Bergarbeiter kann sich zu dieser Erfahrung nicht aufschwingen und deshalb wird es noch lange dauern, bis man Zustande, wie oben geschildert, abschafft. Zustände, wie sie in bezug auf die Arbeitszeit im Zwicker Revier vorhanden sind, sind wohl selten in den Bergbauunternehmen Deutschlands anzutreffen, höchstens in Oberschlesien. Mit einer Rücksicht hält das Unternehmensbüro daran fest, den Bergarbeiter so lange wie nur möglich in der Grube zurückzuhalten, um ihn Lust und Sonnenlicht zu entziehen, damit er noch mehr abgeschrumpft und sich ihm Bergarbeiter nicht gegenüberstellt. Wer sich mal sagt, der liegt. So blüht die Lust an dem Kästlein Sachsen, allen voran die Zwicker Bergwerksarbeiter.

Überbergamtbezirk Breslau.

Grube Gottlieb Bahnhof. Die richtigen Grätscher mögen wohl hier sein, ihr seid mit die richtigen Pantischer, einer Steiger möchte ich sein, mit diesen und ähnlichen Abschriften titulierte Herr Bergmeister Dreißler die Arbeiter vor einem neuzeitenden Bremberg. Durch großen Druck waren die Baue bis kurz vor Eröffnung und das gab dem Herrn dann Veranlassung, die Arbeiter in besagter Weise anzufahren. Möchte dieser Herr doch lieber für die Befestigung der Nebenstände und vor allen Dingen für die Befestigung der Kontrollmarken bei der Seilschaft sorgen, damit dort keine Verbindung besteht und die Arbeiter nicht unnötig in Strafe verfallen. Dabei wäre dem Interesse der Gesamtheit besser gedient, wie mit solchen, durch nichts gerechtfertigten Schimpfen.

Grube Hansa Silberberg bei Empelde. Schlechte Zustände wegen Nichtbeachtung der bergpolizeilichen Bestimmungen werden fortgesetzt von den Arbeitern geschildert. So soll das Gelb schon ein ganzes Viertel Jahr nicht mehr untersucht worden sein. Beamte sollen im Schacht schlafen. Nun kann dieses menschliche einem Beamten auch einmal passieren, aber wenn einem Arbeiter dieses mal passiert, regnet Donnerwetter und Strafen. Das Schießen soll ein wahres Spiel mit Menschenleben sein. Die Schießkunst ist so tief, daß sie beim Schießen hebt und die Stütze den Arbeitern um die Ohren fliegen. Dazu sollen auch noch Schiedsgerichte mit Schießkunst betreut werden. Weiters sollen Deutsche ohne Licht einfahren, da zu wenig Lampen da sind. Da es soll vorgeschommen sein, daß nur eine einzige Lampe im Schacht gewesen ist. Ebenso mangelt es an Trinkwasser. Freilich wird ja Kasse gestellt, aber die Arbeiter sagen, dieser sei ungemein. Ein Arbeiter erzählte uns, daß er sich krank fühle und die Lampen haben wollte, da er die schwere Schachtarbeit nicht machen konnte. Die Lampen wurden ihm verweigert, jedoch erhielt er den Krankenschein. Der Arzt aber sagte; er könne nichts an ihm finden und er könne ihn doch auch nicht als untauglich erklären, da er ihn ja doch bei Annahme sie tauglich befunden hätte. Hatte man sich vielleicht mit der Sirene verständigt? Wir wissen nicht, ob dem Betriebsführer diese Zustände bekannt sind. Wir würden und möglicherweise auch der Unternehmer zu hören kommen zu lassen. Wie wenig angebracht diese Toleranz war, hat und der besagte Waschschacht gezeigt. Die Unternehmer haben aber damit nicht erreicht, daß wir uns die Verächtigungen in Zukunft etwas näher ansehen und wie es schon in unseren Nummern 87 und 88 geschehen, sofort entsprechend darauf antworten. Charakteristisch für die Art wie die Verächtigungen der Grubenverwaltungen wesenlich nichts enthalten. Wir haben auch eine Anzahl von angeblichen Verächtigungen erhalten, die im wesentlichen nur das, was wir behaupten, bestätigen, also gar keine Verächtigungen im eigentlichen Sinne waren, ja in einem Grade hat sogar ein Grubendirektor seine eigene Verächtigung wieder berichtet. Wenn wir die Art Verächtigungen ohne weiteren Kommentar gebracht haben, geschah es nur, weil wir so anständig sind, leben der Angegebenen zu Wort kommen zu lassen. Wie wenig angebracht diese Toleranz war, hat und der besagte Waschschacht gezeigt. Die Unternehmer haben aber damit nicht erreicht, daß wir uns die Verächtigungen in Zukunft etwas näher ansehen und wie es schon in unseren Nummern 87 und 88 geschehen, sofort entsprechend darauf antworten. Charakteristisch für die Art wie die Verächtigungen der Grubenverwaltungen zu stande kommen, ist auch ein ebenfalls in Nummer 88 und 89 mitgeteilter Fall von Berg Deutscher Kaiser. In unserer Nummer 28 brachten wir von benannter Seite einen Bericht, monach die Arbeit eines Ortes an dem Morgen als der Einfaßer dort einschreibt, vom Steiger durch den Schichtmeister den Befehl erhielten, ihre Arbeit, weil es dort nicht gehörte war, zu vernageln, die Lampen auszublasen und solange hinter dem Bergschlag in der Strecke liegen zu bleiben, bis der Einfaßer wieder fort sei. Prompt brachte die Betriebsverwaltung zu dieser Darstellung eine der üblichen Verächtigungen. Darauf stellte unser Betriebsführer fest, daß der betreffende Schichtmeister anderen Kameraden gegenüber erklärt habe, er habe den Betriebsführer belogen und damit den Steiger herausgehauen. Der Steiger sollte aber nur den Redakteur der "Bergarbeiter-Zeitung" nicht verlässt, sonst müsse er mit der Wahrheit heraus. Dieser Fall ist aber typisch für die Art, wie die angeblichen Verächtigungen, die wir ja, seit sie sich auf den Sachverhalt beschränken, aufnehmen müssen, da wir im andern Fall nicht wegen des Sachverhalts sondern wegen Nichtaufnahme der Verächtigung bestraft werden können, zu stande kommen. Und trotzdem vermöchte man uns auf 640 Berichte über zum Teil schändliche Zustände auf den Gruben nur 29 angebliche Verächtigungen zu schicken, von denen, bei Otto beobachtet, keine 20 als wirkliche Verächtigungen angesehen werden können. Das ist das Resultat der kampfhaften Versuche der Grubenverwaltungen, uns mit Verächtigungen zu erdrücken und dadurch zum Schwieger zu bringen. Wahrschließlich ist noch keine Machtprobe der Unternehmer gefehlt, als diese. Innerhalb 8½ Monaten haben wir 640 Berichte über zum Teil schändliche Zustände auf den Gruben gebracht und auf weit über 600 Berichte vermöchte man auch nicht einmal diese Scheinverächtigungen zu bringen, sie entsprachen also in vollem Umfang der Wahrheit. So sieht die angeblich leichterige, unwahre und verkehrende Verächtigung der "Bergarbeiter-Zeitung" in Wirklichkeit aus! Wo ist, so fragen wir unter diesen Umständen mit Recht, in ganz Deutschland ein bürgerliches Organ, welches an Objektivität und Gruvelässigkeit in der Berichterstattung der "Bergarbeiter-Zeitung" gleichstehen oder sie gar überholen? Wie werden aber auch diesmal, davon sind wir überzeugt, vergedens darauf warten, daß ein bürgerliches Organ von unserer Darstellung Notiz nimmt. Sind ja nur Bergarbeiter, die man beschimpft hat!

Zeche Konstantin. Berichtigung der Notiz in Nummer 86, unter der Marke „Zeche Konstantin“ durch die Geheimaufwaltung. Es ist nicht richtig, daß man auf dem Böschungsbau der Zeche Konstantin, Schacht IV und V, bei nassen Wetter heimlich in Schmutz und Unordnung stecken bleibt. Der Böschungsbau wird, soweit es bei nassen Wetter möglich ist, in trockenem Zustand gehalten. Ebenso ist der Übergang auf der Böschung defekt und kann derselbe nur unter Wasser stehen, wenn die Wasserhaltung defekt wird. Es ist nicht richtig, daß bei der Selschafit Unordnung und Unpünktlichkeit herrscht. Es liegt ist keine Beschwerde vorgebracht worden, daß die Arbeiter von der Wetterstufe erst 15 Minuten zu spät austreten können. Es ist nicht richtig, daß es in der Waschküche an Reinlichkeit mangelt. Die Waschküche wird täglich zweimal mit Druckwasser reichlich ausgespült und ausgeföhrt; auch kommt jährlich mehrere Mal ein Kammerjäger, welcher die Räume von Ungeziefer reinigt. Auch die Brausen sind in Ordnung. Es sind reichlich Abwasserkübel, nämlich 81 Stück, bei einer unterschiedlichen Belegung von ca. 600 Mann pro Schicht, vorhanden. Auch sind mit der Reinigung und Instandhaltung noch ebensoviel Leute beschäftigt wie früher. Es ist nicht richtig, daß Tagbahnen wenig oder überhaupt nicht vorhanden sind. Es sind in der Grube genügend Tagbahnen, in 9 Revieren 18 Stück, vorhanden; am Tage stehen jederzeit drei Tagbahnen zur Verfügung. Steiger Maus ist auf eigenen Wunsch in einem Förderwagen zum Schacht gefahren worden. Der verunglimpte Schachtmeister wurde deshalb mit einer Korbtröhre fortgetragen, weil die Arbeiterschaften diese für ebenso zwielichtig wie die Tagbahnen hielten, da sie aus seinem Drahtgestell konstruiert ist. Eine Tagbahn war auch in diesem Falle leicht zu beschaffen. Es ist nicht richtig, daß die Unwendung der doppelten Drahtseile auf den Sicherheitslampen für die im Liebhauern arbeitenden Leute erst kürzlich angeordnet wurde, nachdem ein Arbeiter durch schlagende Wetter verletzt worden war. Diese Anordnung ist seitens der Geheimaufwaltung für Befürchtungsarbeiter schon vor langer Zeit getroffen worden. Der Abzug für Sprengstoffe wird ins Vohndbuch eingetragen, weil die Arbeitsordnung dies vorschreibt.

Berufserklärung.

Schon wiederholt waren wir in der Lage, feststellen zu können, daß die Bergbauunternehmen schwarze Bitten gegen die Bergarbeiter angeschlossen, so noch in unserer Nr. 29 und 37. Bisher haben wir aber noch nicht gehört, daß ein Staatsanwalt es für nötig befunden hätte, gegen dieses schändliche Treiben der Grubengewaltigen einzuschreiten. Wie sind nun wieder in der Lage, einen neuen Fall von Berufserklärung dem Herrn Staatsanwalt unterbreiten zu können, glauben aber nicht, daß man hierbei einen so großen Erfolg in der Verfolgung an den Tag legen wird, wie der Staatsanwalt von Bochum unter der Zeitung gegenüber.

Am 1. September sind vier Männer von Zeche Hercules auf Zeche Elise beim Unternehmen in Arbeit getreten. Kurz vor dem 15. September kam der Aufseher zu diesen vier Leuten und erklärte ihnen, daß sie wieder aussöhnen müßten. Es tut ihm dieses zwar sehr leid, da er außerordentlich zufrieden mit ihnen sei, aber er könne daran nichts ändern. Der Betriebsführer hat dem Bergarbeiter Heine von Zeche Elise einen Brief vom Betriebsführer Hülfelsbach von Zeche Elise erhalten, worin von diesem gefordert wurde, die vier Arbeiter wieder zu entlassen. Auf die erstaunte Frage der vier Arbeiter, warum denn diese Maßnahme erfolge, da sie sich auf Hercules doch nichts hätten zu schulden kommen lassen und darum den Sohn des Betriebsführers Heine, wonnit dieser sie zu verfolgen scheine, nicht verstehen könnten, erwiderte ihnen der Aufseher: Darüber kann ich auch keine nähere Auskunft geben, aber es besteht ein entsprechendes Abkommen zwischen den beiden, monach Betriebsführer Heine fordern kann, daß ich hier entlassen werde. Wieder Betriebsführer Hülfelsbach dem Verlangen des Betriebsführers Heine nicht nachkommen, würde er in eine hohe Konventionalstrafe verfallen. Der Aufseher gab den Arbeitern dann noch den guten Rat auf einer Zeche im Gelsenkirchener Revier anzufangen, dort einen Monat zu arbeiten und dann zurückzukommen, et sei dann in der Lage und auch gerne bereit, sie wieder einzunehmen. Sowohl der Sachverhalt, Sollte sich ein Staatsanwalt bereit halten, die Sache zu verfolgen, was wir nach unseren Erfahrungen billig bezeichnen müssen, sind wir gern bereit, den Beweis zu erbringen.

Auf diesem Werk seien Zustände ein, die für die Belegschaft auf die Tücher unerträglich sind. Der Obersteiger Unger auf diesem Werk ordnete vorige Woche an, daß von nun an bis auf weiteres nicht mehr zwölfstündig, sondern zwölfstündig gefahren werden müsse. Hierzu schrieben sich die Förderleute und fuhren trotzdem nach zwölfstündigem Schichtzeit aus. Um Freitag früh, den 18. September, sollten nun zwei davon ihre Missratshüte und zwar durch Beschäftigung über Tage. Gegen diese Maßnahme protestierten 18 Männer und verweigerten die Einsicht. Noch am selben Abend fand eine Belegschaftsverhandlung statt, welche gegen die Verlängerung der Schichtzeit um eine Stunde, Stellung nahm. Es wurde beschlossen, eine Kommission von drei Mann sollte bei den Werkseitigen, Gebrüder Rüster, am Sonnabend vormittag vorstellig werden, um die vollständig ungerechtsame Verlängerung der Schichtzeit richtigig zu machen. Bis dahin sollte die Mannschaft am Tage warten und nicht einfahren. Über am Sonnabend früh, als die Mannschaft kam, wurde den 12 Mann der Werkplatz vom Obersteiger vertrieben und die übrige Mannschaft ist, trotz des einstimmigen Beschlusses, nicht eher eingefahren, bis die Kommission mit den Werkbesitzern gesprochen, doch eingefahren und hat sie 18 Kameraden ruhig ziehen lassen. Zwei Männer ließ der Obersteiger Unger am Freitag Abend zu sich kommen und erklärte, die Arbeiter sollten nur zwölfstündig einfahren und versprach für die Verlängerung der Arbeitszeit um eine Stunde 20 Pfsg. Zulage. Ist das nicht ein Sohn? 20 Pfennig werden den Bergarbeitern auf diesem Werk geboten für eine Stunde Überarbeit! Sind nicht schon elf Stunden Überarbeit genug? Und für noch eine Stunde längere Arbeit, bietet man ganze 20 Pfennig, aber erst, nachdem sich ein Teil der Leute dagegen auflehnt, eine Stunde länger zu arbeiten, sonst hätte man es auf diesem Werk von Seiten des Obersteigers für selbstverständlich gehalten, daß für die Überstunde nichts bezahlt wurde. Die Stunde Mehrarbeit wurde damit begründet, daß das Werk eine große Bestellung erhalten hätte und, um dem Auftrag gerecht zu werden, müsse man bis um Weihnachten zwölfstündig arbeiten. Hieraus ersicht man, daß das Kohlengeschäft ausgeschaltet geht und weil es so gut geht, muß der Arbeiter bis um Weihnachten eine Stunde länger umsonst arbeiten und noch dazu für die Gebrüder Rüster, eine der reichsten Gesellschaften im Zwicker Revier. Von jener ist uns bekannt, daß auf dem Rüster-Schacht erträgliche Verhältnisse gewesen seien, sollen jetzt erfüllt man aber das Gegenteil. Nicht nur gibt es eine überaus lange Arbeitszeit und niedrige Löhne, sondern auch in sanitärer Beziehung sieht das Werk hinter vielen anderen Werken zurück. Das Mannschaftsbad gleicht einem Schweinstall. Unter drei Brausen müssen sich eine Anzahl Leute ganz eng zusammenstoßen waschen. Über selbst von diesen drei Brausen laufen immer nur zwei, Flöhe und Wanzen haben dort ihr Heim aufgeschlagen, sobald durch dieses Misterebad die Arbeiter, wenn auch etwas unreinlich, natürlich von diesen Tieren mit nach Hause bringen. Aber daß die Verhältnisse nicht nur auf Rüster-Schacht, sondern auf allen tiefrückigen sind, liegt zu einem guten Teil an der Arbeiterschaft selbst. Die Organisation ist vielen unserer Bergarbeiter im Zwicker Revier noch stand und doch können nur bessere Zustände für die Bergarbeiter durch den Verband geschaffen werden. Das Kapitalstötige Bergwerksunternehmen, auch im Zwicker Revier, hält es für notwendig, sich zu organisieren. Der arme Bergarbeiter kann sich zu dieser Erfahrung nicht aufschwingen und deshalb wird es noch lange dauern, bis man Zustande, wie oben geschildert, abschafft. Zustände, wie sie in bezug auf die Arbeitszeit im Zwicker Revier vorhanden sind, sind wohl selten in den Bergbauunternehmen Deutschlands anzutreffen, höchstens in Oberschlesien. Mit einer Rücksicht hält das Unternehmensbüro daran fest, den Bergarbeiter so lange wie nur möglich in der Grube zurückzuhalten, um ihn Lust und Sonnenlicht zu entziehen, damit er noch mehr abgeschrumpft und sich ihm Bergarbeiter nicht gegenüberstellt. Wer sich mal sagt, der liegt. So blüht die Lust an dem Kästlein Sachsen, allen voran die Zwicker Bergwerksarbeiter.

Grube Hansa Silberberg bei Empelde. Schlechte Zustände wegen Nichtbeachtung der bergpolizeilichen Bestimmungen werden fortgesetzt von den Arbeitern geschildert. So soll das Gelb schon ein ganzes Viertel Jahr nicht mehr untersucht worden sein. Beamte sollen im Schacht schlafen. Nun kann dieses menschliche einem Beamten auch einmal passieren, aber wenn einem Arbeiter dieses mal passiert, regnet Donnerwetter und Strafen. Das Schießen soll ein wahres Spiel mit Menschenleben sein. Die Schießkunst ist so tief, daß sie beim Schießen hebt und die Stütze den Arbeitern um die Ohren fliegen. Dazu sollen auch noch Schiedsgerichte mit Schießkunst betreut werden. Weiters sollen Deutsche ohne Licht einfahren, da zu wenig Lampen da sind. Da es soll vorgeschommen sein, daß nur eine einzige Lampe im Schacht gewesen ist. Ebenso mangelt es an Trinkwasser. Freilich wird ja Kasse gestellt, aber die Arbeiter sagen, dieser sei ungemein. Ein Arbeiter erzählte uns, daß er sich krank fühle und die Lampen haben wollte, da er die schwere Schachtarbeit nicht machen konnte. Die Lampen wurden ihm verweigert, jedoch erhielt er den Krankenschein. Der Arzt aber sagte; er könne nichts an ihm finden und er könne ihn doch auch nicht als untauglich erklären, da er ihn ja doch bei Annahme sie tauglich befunden hätte. Hatte man sich vielleicht mit der Sirene verständigt? Wir wissen nicht, ob dem Betriebsführer diese Zustände bekannt sind. Wir würden und möglicherweise auch der Unternehmer zu hören kommen zu lassen. Wie wenig angebracht diese Toleranz war, hat und der besagte Waschschacht gezeigt. Die Unternehmer haben aber damit nicht erreicht, daß wir uns die Verächtigungen in Zukunft etwas näher ansehen und wie es schon in unseren Nummern 87 und 88 geschehen, sofort entsprechend darauf antworten. Charakteristisch für die Art wie die Verächtigungen der Grubenverwaltungen zu stande kommen, ist auch ein ebenfalls in Nummer 88 und 89 mitgeteilter Fall von Berg Deutscher Kaiser. In unserer Nummer 28 brachten wir von benannter Seite einen Bericht, monach die Arbeit eines Ortes an dem Morgen als der Einfaßer dort einschreibt, vom Steiger durch den Schichtmeister den Befehl erhielten, ihre Arbeit, weil es dort nicht gehörte war, zu vernageln, die Lampen auszublasen und solange hinter dem Bergschlag in der Strecke liegen zu bleiben, bis der Einfaßer wieder fort sei. Prompt brachte die Betriebsverwaltung zu dieser Darstellung eine der üblichen Verächtigungen. Darauf stellte unser Betriebsführer fest, daß der betreffende Schichtmeister anderen Kameraden gegenüber erklärt habe, er habe den Betriebsführer belogen und damit den Steiger herausgehauen. Der Steiger sollte aber nur den Redakteur der "Bergarbeiter-Zeitung" nicht verlässt, sonst müsse er mit der Wahrheit heraus. Dieser Fall ist aber typisch für die Art, wie die angeblichen Verächtigungen, die wir ja, seit sie sich auf den Sachverhalt beschränken, aufnehmen müssen, da wir im andern Fall nicht wegen des Sachverhalts sondern wegen Nichtaufnahme der Verächtigung bestraft werden können, zu stand

Die Ausländigen denken nicht daran, ihre Forderung den Ausschüssen zu übertragen und zwar aus dem Grunde, weil sie größtenteils das Vertrauen der Belegschaft nicht genießen, andernteils auch noch in Arbeit stehen und bei den Unternehmen das gute Kind spielen.

Die Streikenden haben bis jetzt eine musterhafte Ruhe und Disziplin bewahrt. Ausschreitungen, welche vorgekommen sind und die man gern an die Nachsicht der Ausländigen hängen möchte, fallen auf die Arbeitswilligen zurück. Auf Grube Martin I in Neppist sollen die Arbeitswilligen mit Revolvern ausgerüstet worden sein und tatsächlich haben auch Arbeitswillige auf Maurer, welche von ihrem Arbeitsplatz kamen, geschossen; dies ist selbst von der Polizei festgestellt worden.

Von Montag den 22. September fanden in dem bisherigen Revier vier Bergarbeiterversammlungen statt, in denen über die Lohnbewegung referiert wurde. Überall erklärte man, die Streikenden moralisch zu unterstützen und die Lieberkeit zu verweigern. In den letzten Streikversammlungen, welche am Montag stattfanden, gaben die Ausländigen ungeschminkt zu verstehen, auszuhalten, bis die Forderungen erfüllt würden.

Niederschlesien.

Waldenburg. Am 22. September fand im Gasthaus „Zum Helm“ eine Konsferenz der Niederschlesischen Bergarbeiter statt. Dieselbe war von 67 Delegierten, welche sich aus den Vertretern aussteuerten, der Belegschaftsleitung, der Lohnkommission, den Arbeiterausschüssen und den Schachtdelegierten zusammensetzten, besucht. Daß diese Bewegung nicht eine Macht des Bergarbeiterverbandes bzw. der Führer ist, bemerkte der gewaltige Besuch. Welt über 1000 Personen, ohne die Delegierten, waren im Hotel zusammengekommen, ohne die vielen Hunderte, welche keinen Platz fanden. Den Bericht über die Lohnbewegung erstattete das Mitglied der Lohnkommission, Kamerad Franz. Der selbe machte bekannt, daß die Lohnkommission den Auftrag erhalten hätte, nachdem sie den Grubenbesitzern die Forderungen unterbreitet und abschlägig beschleben worden sei, dieselben dem Bergarbeitergericht zu unterbreiten. Dieses sei geschehen; leider ohne Erfolg. Obwohl der Bescheid der Grubenbesitzer lange hinausgeschoben worden sei, so hätten jetzt doch endlich alle Grubenbesitzer geantwortet. Alle sind sie zu dem Entschluß gekommen, mit der Lohnkommission nicht zu verhandeln, sondern die Belegschaften auf die Arbeiterausschüsse zu verweisen. Da dieser Schritt also leider Erfolg gebracht habe, so müsse sich die Konferenz heute über andere Wege schließen werden. Hierauf ergriff Kamerad Hulemann als Vertreter des Bergarbeiterverbandes das Wort und mahnte, nachdem er die Beziehungen nochmals kurz geschildert und die Kampfweise der Unternehmer, besonders des Grubendirektors Pistorius, ins richtige Licht gesetzt hatte, vor allen Dingen zur Ruhe und Besonnenheit. Wenn auch das Verhalten der Grubenbesitzer, angeht der kriegerischen Beziehungen, in denen die Arbeiter lebten, in der schärfsten Weise mißbilligt werden müsse, so heißt es doch die Sache klug zu prüfen. Zum Schlus empfaßt er folgende Resolution zur Annahme:

„Die am 22. September d. J. im „Eisernen Helm“ in Sorgau tagende Konferenz der Bergarbeiter des Waldenburger Reviers nimmt Kenntnis vom Bericht der Lohnkommission und der Organisationsleitung, sie erklärt:

In Erwögung, 1. daß die Werkverwaltungen in ihren Schreihäusern das Bergarbeitergericht fortwährend auf die Arbeiterausschüsse als die allein berechtigten Vertreter der Belegschaften hingewiesen und nur bereit sind, mit diesen zu verhandeln.

2. Um aber auch den Werkbesitzern das lezte Mittel zu nehmen, indem sie bei einem eventuellen Streit auf die Rüttlinienpruchnahme der gefährlich eingerichteten Arbeiterausschüsse hinweisen könnten, fordert die Konferenz die Einberufung einer Sitzung des Arbeiterausschusses mit folgender Tagesordnung zu beantragen:

1. Die Forderung der Bergarbeiter um eine Lohnherhöhung von 50 Pf.

pro Schicht für alle Arbeiter,

2. Die Erhöhung des wöchentlichen Abfalls um 3 Mt.

Die Belegschaften der eingehenden Gruben werden aufgefordert, diesem Konferenzschluß beizutreten und nicht eher zu ruhen, bis die traurige Lage der schlesischen Bergarbeiter verbessert ist. Um dieses aber zu erreichen, bedarf es einer starken Organisation und werden sämtliche Bergarbeiter aufgefordert, sich dem Bergarbeiterverbande anzuschließen.

Das Prinzip der Ausschließungen wird bis spätestens zum 6. Oktober erwartet, damit dann endgültig Beschluss gefaßt werden kann.

Um aber die Situation in jeder Weise zu klären, fordert die Konferenz alle Kameraden, die bisher Ablösungssatzel nicht abgegeben haben, auf, dies unverzüglich, spätestens aber bis zum 1. Oktober zu tun.

In den Belegschaften, wo bis zu diesem Tage die Ablösungssatzel nicht oder nur ungenügend abgegeben wurden, ist bis zum 6. Oktober zu prüfen, ob diese Belegschaften sich an der Lohnbewegung überhaupt beteiligen sollen.“

In der darauf folgenden Diskussion war kein einziger vorhanden, welcher für die Resolution gesprochen hätte. Alle plädierten in den schärftesten Wörtern für den Streit. Man wolle nicht mehr länger warten, es wäre eine sofortige Entscheidung notwendig. Nachdem dann noch das als Guest anwesende Vorstandsnominal der Kamerad Jochmann, Oberhausen und der Bezirksteilnehmer des Metallarbeiterverbandes Kollege Schlegel, Breslau, für die Resolution gesprochen, wurden von Hulemann noch einmal die Gründe dargelegt, welche für Annahme der Resolution sprachen. In der darauf folgenden Abstimmung wurde diese mit 64 gegen 8 Stimmen angenommen. Damit haben die Bergarbeiter noch einmal bestimmt, daß sie den Frieden wollen. Es liegt nun an den Grubenbesitzern, ob sie einen Krieg vermeiden wollen oder nicht. Die Gelegenheit haben sie dazu.

Gewerkschaft Hertha. Der Streit auf Gewerkschaft Hertha in Bredenbeck a. D. zieht dauernd unverändert fort. Zwar hat sich die Bergbehörde jetzt erlöst, zu vermuteln und hat sich dieserhalb auch schon an die Grubenverwaltung gewandt, jedoch geht die Verwaltung in ihrem Antwortschreiben um den Kern der Sache, wie die Stände um den heißen Brei und sucht mit billigen Redensarten die Streikenden ins Unrecht zu setzen. Augenscheinlich hofft die Verwaltung immer noch auf Arbeitswillige, oder glaubt, die Streikenden werden endlich zu Kreuze kriechen. Das Erste ist ihr bisher nicht gelungen und wird ihr auch weiter nicht gelingen, dafür werden die Streikenden schon sorgen und das Letzte füllt den Streikenden erst recht nicht ein. Zurück hatte die Verwaltung ja den schweren Steinfall mit dem Oberschlesischen Arbeitswilligen. Daum war dieser Schmerz vorüber, kam ein neuer. Man glaubte bestimmt, daß die Bantorfer Arbeiter, die gefündigt hatten, nach Hertha kommen würden, aber auch die Bantorfer Arbeiter suchten sich lieber andere Arbeit, als daß sie den Streikbrecher spielen wollten. Augenscheinlich fehlt die Verwaltung nun ihre letzte Hoffnung auf den Zugang von Reservekräften. Über auch diese Hoffnung wird zu schanden werden, daß wir werden die Streikenden schon sorgen. Angesichts des Verhaltens der Grubenverwaltung haben die Arbeiter den Beschuß gefaßt, vorläufig von weiteren Einigungsversuchen abzusehen, bis die Verwaltung vernünftiger geworden ist.

Aufruf!

Bergarbeiterstreik in der Niederausföß!

Die Arbeiter in den Niederausfößigen Kohlenwerken um Senftenberg stehen im Streit. Überlange Arbeitszeit, schlechte Löhne bei miserabiler Behandlung, sowie das Fehlen alter sanitärer und sonstigen Einrichtungen haben die Arbeiter zum Streit getrieben.

Gewerkschaftsbrüder und Klassengenossen! Kampfhaft bemüht sich das Unternehmertum unter den verlockendsten Versprechungen Arbeitswillige in ganz Deutschland anzuwerben. Unter allerhand Namen sind Agenten überall tätig, um Menschenmaterial für die Bergprovinz in die Gruben zu erhalten.

Haltet die Augen auf! Wirkt aufklärend! Sucht den Zugang abzuhalten! Sucht den armen Bergslaven der Niederausföß den Kampf zu erleichtern, indem ihr sie moralisch unterstützen!

Arbeiter, übt Solidarität, meidet den Niederausfößischen Bergbau!!!

Die Lohnkommission.
Alle arbeiterfreundlichen Blätter werben um Abdruck gebeten.

Kameraden hüten euch vor Schwindelagenten!

Wie uns aus Kameradenkreisen mitgeteilt wird, sucht ein Agent, besonders im Dortmundener Revier, Bergleute unter den glänzendsten Versprechungen nach Amerika anzuwerben. Wie warnen unsere Kameraden dringend diesen Verlockungen zu folgen, da sie dadurch nur

einem ungewissen Schicksal entgegengehen. Daß die Beziehungen besonders in West-Virginia keine guten sind, ergiebt sich aus einem Schreiben des Generalsekretärs der Vereinigten Bergarbeiter Amerikas W. G. Wilson, an den Sekretär des Internationalen Sekretariats Thos. Ushton, welches wir auch schon in unserer Nr. 81 zum Abdruck gebracht haben und unseren Kameraden zur besonderen Beachtung empfehlen. Ganz selbstredend verspricht der nichtzuholige Kapitalbildung seinen Opfern goldene Berge. Die Hauer sollen 80—120 Dollars monatlich, die Kolbarken 8 Dollars täglich verdienen. Militärpflanzungen jungen Bergarbeitern bietet der Dienstleihhändler falsche Papieren an. Der Kiel willkt die Kente für die Grüben, vor denen die „Bergarbeiter-Zeitung“ fortgesetzt wird. Wie wir hören, ist es dem Dienstleihhändler gelungen, einige Bergleute zu bestören. Wie können nicht bringend genug warnen, sich durch die schönen Worte solcher Leute irgendeine überreden zu lassen. Bergarbeiter, seid deshalb auf der Hut und warnet eure Kameraden vor diesem gefährlichen Sklavenhändler. Der Kiel macht einen recht abgelebten Endzettel, er ist bartlos und etwa 1,70 Centimeter groß. Wenn er die heisste Gegend abgelaufen hat, will er nach seiner eigenen Angabe nach Schlesien und Oesterreich auf die Sklavenjagd gehen. Die in Betracht kommende Arbeitssperre wird erschrecken, vor dem Agenten zu warnen, damit dem Subjekt das Handwerk recht bald gelegt wird.

Abrechnung.

Folgende Bahnhöfe haben für den Monat August 1907 bei der Hauptkasse abgerechnet:

Uachen 665, Altendorf-Stadt 215,80, Altendorf-Rheinland 201,80, Altenfelden 1161,70, Altenrade 84,50, Altenstadt 512,20, Alpenbeck 480,50, Alpenbedermark 418,00, Alsfeld 428,80, Auf dem Schnee (Sept.) 848, Alten 797, Altenbochum 409, Borsigbauden 18 (Juli 40,40), Alsfeld a. L. 49,10, Barop 528,70, Bottrop III 48,20, Benninghofen 164, Bergerhausen 141, Berg-Bochum 291,40, Beed 282,20, Beckhausen 226,80, Bergkoven 481,70, Beuthen 180,50, Billimerich 187,10, Bochum I 248,70, Bochum II 690,80, Bochum III 451,50, Bochum IV 316,70, Bochum V 166,50, Bochum VI 341,80, Bochum VII 869,60, Bochum VIII 869,60, Bochum IX 407,00, Bochum X 855,80, Brüninghausen 188,80, Brambauer 54,30, Bülfse 219,50, Bräuse 626,40, Brauk 706,90, Breyten 814,40, Bredeney 95,20, Bredenscheit 154,80, Brüninghausen 127,20, Buer 881,80, Büchhausen 214,80, Bousau 671,70, Bittermark 185,70, Bommer 816,60, Brunnenstein (Juli-August) 18, Böhlum 16, Carnap 305,40, Cönen 82,50, Ebel 95,40, Dahlhausen I 818, Dahlhausen-Hörsterholz 154,80, Derne 84,80, Dorfheld 250,70, Dürpriet I 180,70, Dürpriet II 210,70, Dümpten III 124,40, Dortmund 220,10, Dümpten 44,50, Düsseldorf 172, Deuse 188,90, Deininghausen 65,80, Dohmen (Mai) 12, Dohmen 9, Döttingen (Juli-August) 18, Eichholz 482,50, Eichlinghofen (Sept.) 501,40, Eichel 561,80, Eisinghausen 89,90 (Juli 87,80), Eppendorf 255,40, Esborn 180,80, Eissen 1288,70, Erftenthal 652,90, Ering 1288,40, Espe 88,60, Egershausen 95,20, Eschersleben 12,40, Eissen-West-Holsterhausen 72,20, Eggerstorf 48, Einbeck 20,40, Empelde 29,60, Ennestrup 878,90, Erkelenz 184,80, Eschenbruch 282,90, Eulenburg 828,70, Eulenburg 98, Freden 181,80, Märschen 46,80 (Sept. 75,80), Gelsenkirchen I 630, Gelsenkirchen II 583,50, Gelsenkirchen III 818,00, Gelsenkirchen IV 644,80, Dahlhausen II 280,40, Gladbeck I 1092,80, Gladbeck II 882,80, Gladbeck 464,20, Gronau 68,90, Groppenbruch 102,00, Gelsenkirchen V 287,90, Gelsenkirchen VI 806,80, Gelsenkirchen VII 258,50, Groß-Schüben 59,80, Gelsen 80, Gierswalde 78,40, Haarzopf 126,70, Herne 1400,50, Holzern 69,10, Höplinghausen 384,90, Hamborn I 410,40, Hamborn II 506,40, Hamm a. L. 58,50, Habilghausen 178,10, Harpen 748,10, Hattingen 116,80, Hausham 688,80, Herren 696,40, Herren 180,80, Hückarde 237,10, Hengen 214,40, Herbede 180,80, Hiltrop-Gerthe 268,60, Horde 217,20, Hochalarmar 237,70, Hostedde-Grevel 190,90, Hiesfeld 184,40, Hoeschdwingen 122, Hohenhausen 63,30, Hohenhausen 229,80, Hohenhüberg 94,80, Höhwege 278,10, Holthausen bei Hattingen 129,10, Holthausen bei Börnsen 806,80, Holthausen bei Börnsen 806,80, Holthausen bei Börnsen 806,80, Holzwickede 351, Hochheide 1973, Hombruch 287,80, Horst-Emscher 951,50, Horst-Stuhr 128,10, Höchsten 203,50, Höhne 211,50, Holthausen bei Mühlheim 881,80, Bottrop IV 80, Habighorsterweg 41,80, Hiddingshausen 109,80, Hiltrop-Gerthe 186,70, Höhne 426,80, Herold-Vogtei (Juni 100,80, Juli 55,80), Hinschhausen 82,10, Kloster-Wennigsen 208, Kattowitz 426,10, Kaiserburg 734,80, Katernhardt 808,10, Katten 1730,80, Katten 1189,50, Katernberg 159, Katernberg II 243,80, Kirchdorf 211, Kirchhöde 812,20, Kiel 641,80, Kiel 314,40, Königsborn 487,30, Klipperdreh 49,20, Kirschlinde 302,50, Klef 120,60, Krebschagen 188,40, Kirchhorst 24,90, Lübbeken 161,80, Meiderich II 224,40, Laer 727,40, Langendreer 1835, Lanstroop 230,80, Laizach 72, Linden-Mühle 342,80, Lindenhorst 112, Lüddecken 272,40, Lünen-Eiß 706,70, Lünen-Nord 172,80, Lüttgenbarmund 154,70, Linden bei Hannover 76,40, Marten 781,90, Margatho 543, Meiderich I 234,60, Mengede 499,80, Miesbach 310,50, Mühlhausen bei Unna 58,80, Mühlheim II 120,90, Nieder-Borsig 104,50, Mühlhäuser 805,60, Mossewerde 71,20, Menglinghausen 104,50, Nüldhausen bei Unna 58,80, Mühlheim II 120,90, Nieder-Borsig 129,60, Niederrhein 301,10, Nieder-Wenigern 58, Scharnhorst 283,90, Nienstedt 108,40, Nieder-Uden 90, Oberhausen I 410, Oberhausen II 318,30, Nienburg-Nord 94,80, Ober-Wassen 196, Ober-Epprichshof (Sept. 135), Oespel I 490,70, Oespel II 109,50, Ostholz 126,10, Ober-Marien 367, Ober-Auden 105,70, Bochum IX 282,50, Ober-Nord 281,80, Osterfeld 345,20, Osterwöhrendorf 171, Oldesleben 192,20, Osterwald 6,40, Peissenberg-Hetteln 31,50, Penzberg 702, Leoburg 160,80, Querenburg 287,90, Markt 84,90, Ronnenberg 18,20 (Juni 18,20, Juli 18,20), Raufel 310,10, Recklinghausen-Süd 735,10, Riemke 484,40, Recklinghausen 105,40, Rottweiler 844,40, Rödinghausen 177,20, Rödinghausen 305, Rüdinghausen 239,10, Rüttenscheid 181,40, Rieffe 140,20, Recklinghausen 1057,90, Sinsen 66,50, Sittensenbusch 37,10, Somborn 312,70, Solde 142,70, Süls 64,80, Wyhr (Juli-August) 52, Seidenwitz 17,20, Schanze 244,40, Niedersprockhövel 663,40, Schmidhorst 1188,80, Stryrum 213,70, Schonebeck II 388, Schönebeck 194, Schwerterheid 71,20, Schüren 42, Steele 417,50, Sterkrade 354,50, Stadthagen 26,10, Stiepel 449,80, Schonebeck I 110,90, Stockum 493, Stippenberg I 283, Stoppenberg II 96, Sodingen 284,10, Scherfbeck 139,90, Suderwich 234, Semberg (Juli-August) 38, Grünenberg 20,50, Sölschede 257,80, Unna 420, Uebertuhr 126,50, Garstedt 61,50, Philippsthal (Juli-August) 47,50, Vormholz-Dürkholz 328,50, Vepelen 131,20, Fabre 866,50, Urbach 70, Ummendorf 80,50, Wambel 72,20, Wanke 923,50, Wattenscheid I 804,70, Weitmar I 201,40, Weitmar II 241,60, Wengern 123,70, Werden-Ruhr 491,80, Werne bei Langendreer 907,20, Werne a. D. 311,40, Westerholt 235,80, Westerhöfen 191,50, Westrich 184,80, Westerhöde 127, Westensfeld 346,80, Wiede 262,30, Wellinghausen 87,40, Waltrop 61,50, Witten 479,10, Win-Baak 890,80, Wörnschütte 89,80, Wartenscheid II 882,90, Wendthagen 137,20, Wolschütte 182, Bilnsdorf (II. und III. Quartal) 62,70, Bredenbeck 66,70, Schenke (Mai 14,20, Juni 7,70), Sülfeld 30,80 (Juli 26,80), Alsfeld (Juni-Juli-August) 5,20, Gilbersheim 13,20 (Juli 32), Wolfshagen 44,80, Winzen 55, Erle II 318,80, Urgestorf 62,70, Frohlinde 65,60, Bismarck 509,80, Amsdorf 20,80, Lohringen 511, Albersleben 841, Alken a. E. 73, Alendorf 91,80, Altenberg (April-Mai 22 und Juni-Juli 12), Alversdorf 31, Bipsendorf 599,10, Bischdorf 161,90 (Sept. 279,50), Barnife (Juli-August) 78,80, Spittel 317,90, Borsdorf 54, Borsig 186,50 (Sept. 225), Borna 251,80, Boizenburg 19,80, Birkigt 74,10, Borne 81,40, Böddig 46,50, Binnwald 49,80, Binsen 44,20, Goslarbrau 150,90, Calbe 95,80, Gauderode 140,60 (Sept. 150,80), Döllig 47,70, Dörfken 109,10, Deulen 142,80, Döhlen 85,40, Deulen 126,70, Dürris 142,50, Eichendorf 82,40, Elze

